Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 850

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 4. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Aus dem Reichstage.

Der Kreis der Arbeiten, welche dem Reichstage während seiner gegenwärtigen Session obliegen, wird nachträglich noch um zwei neue Vorlagen erweitert werden. Es sollen dem Reichstage noch die bereits wiederholt von ihm in Berathung gezogenen Gesetzentwürfe über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches und über die Einrichtung und Befugnisse des Reichsrechnungshofes zugehen. Die nationalliberale „BAC." äußert sich hierzu wie folgt:

Die Wichtigkeit dieser Vorlagen braucht nicht erst von Neuem dargelegt zu werden; es ist namentlich auch für Preußen, dessen Oberrechnungskammer bisher mit der Führung der Kontrole des gesammten Reichshaushalts sowie des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen durch Gesetze ad hoc von Jahr zu Jahr, zuletzt für das Jahr 1874 beauftragt wurde, von dem höchsten Interesse, daß diese Angelegenheit durch Einsetzung eines besonderen Reichsrechnungshofes endlich ihre definitive Regelung erfährt. Ueber die erstgenannte Vorlage ist in der vorigen Session ein sehr eingehender Bericht erstattet worden; zu der zweiten Vorlage hatte die Kommission nur bei 2 Paragraphen (§ 3 und § 19) Abänderungen respektive Zusätze beantragt, so daß diese selbstverständlich im Zusammenhang zu behandelnden Vorlagen der weiteren Vorberathung durch eine Kommission nicht bedürfen; die von der Kommission gemachten Abänderungsvorschläge sind in allen Punkten mit großer Mehrheit beschlossen worden, bei welchen alle Parteien mitwirkten. Es wird also in Betreff des Gesetzentwurfes über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs, bei dem bekanntlich die oft erheblichen Differenzen mit den Regierungen in der vorigen Session zu einem Ausgleich keine genügende Aussicht boten, darauf ankommen: wie weit die Regierung in dem neuen Entwurfe sich den Vorschlägen der Kommission angeschlossen haben, da ohne eine solche Annäherung keine Aussicht auf Annahme des Gesetzentwurfes im Reichstage vorhanden ist. Der Reichstag wird die Sache diesmal endlich durchweg im Plenum behandeln können, da sie durch die langjährige Vorberathung in den Kommissionen vollständig spruchreif geworden ist; andere Punkte, welche dabei zur Sprache kommmen, sind zudem für Sachverständige sehr einfach und andre Mitglieder als Sachverständige werden sich kaum an der Debatte betheiligen. Trotzdem der Termin für den Sessionsbeschluß inzwischen nahe gerückt ist, wird es dem Reichstage doch an Zeit nicht fehlen, um über beide Gesetzentwürfe sich schlüssig zu machen; denn ist überhaupt Aussicht auf das Zustandekommen derselben vorhanden, so wird es zu der Herbeiführung einer Verständigung zwischen dem Reichstag und den Regierungen über einzelne Punkte keiner langen Verhandlungen bedürfen; fehlt eine solche Aussicht aber auch diesmal, so wird sich darüber ebenfalls sofort Klarheit gewinnen lassen und der Reichstag wird dann keinen Augenblick seiner kostbaren Zeit auf eine doch aussichtslose Spezialberathung verwenden. Jedenfalls wird also Mangel an Zeit nicht die Ursache sein, wenn auch in dieser Session eine so hochwichtige Angelegenheit nicht zum Abschluß gelangt, in welchem Falle dann durch ein Gesetz ad hoc abermals wegen der Kontrole des Reichshaushalts und des Landeshaushalts für Elsaß-Lothringen für das Jahr 1875 Fürsorge getroffen werden müßte. Wir unsererseits mögen indessen die Hoffnung nicht aufgeben, daß schon für dieses Jahr das Reich durch seinen eigenen Rechnungshof auf Grund eines Gesetzes über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, die Kontrole des Reichshaushalts und des Landeshaushalts für Elsaß-Lothringen, führen zu lassen in der Lage sein werde.

Hieran schließt das Organ der nationalliberalen Partei folgende Betrachtung über die Dauer der Session:

Wie das vorige Mal die Dauer der Session von dem Fortgange der Verhandlungen über das Reichsbankgesetz abhing, so wird sie diesmal von dem Schicksal der Strafrechtsnovelle abhängen und es ist daher sehr erklärlich, wenn gegenwärtig Vermuthungen darüber angestellt werden, ob es möglich sein werde, die Session des Reichstags noch vor Weihnachten zu schließen oder ob die Reichstagsmitglieder sich in der Nothwendigkeit befinden werden, im neuen Jahre noch einmal nach Berlin zurückzukehren. Da sich mit absoluter Gewißheit darüber nichts sagen läßt, so taucht auch wieder die Ansicht auf, daß es überhaupt zweckmäßiger und für die Reichstagsmitglieder minder lästig wäre, wenn die regelmäßige Einberufung des Reichstags auf einen anderen Termin verlegt würde. Die Frage hat zur Zeit insofern keine aktuelle Bedeutung, als jedenfalls im nächsten Jahre (1876) der Reichstag im Herbste zusammenkommen muß, weil in einer etwaigen Frühjahrssession, abgesehen von gelegentlichen Routinearbeiten, lediglich die Justizgesetze und die Konkursordnung zum Abschluß gebracht werden sollen und die Aufstellung des Reichshaushaltsetats für das Jahr 1787 wohl kaum bis zur Eröffnung der Frühjahrssession 1876 zu bewirken sein möchte, wenn man der letzteren überhaupt den Charakter einer ordentlichen Session beilegen wollte. Im Uebrigen sind die Klagen in Reichstagskreisen auch weniger gegen die Einberufung des Reichstags im Herbste überhaupt, als vielmehr gegen die zu frühzeitige Einberufung in diesem Herbste gerichtet, man fragt sich allgemein, warum die Feststellung der Vorlagen im Bundesrathe nicht um 14 Tage früher erfolgen konnte oder warum der Reichstag nicht 14 Tage später einberufen wurde, wenn der Bundesrath mit den Vorlagen nicht früher fertig zu werden in der Lage war. Die Verlegung der ordentlichen Reichstagssession in eine andere Zeit hängt von der Möglichkeit ab, das Etatjahr anders als bisher zu legen, und bei einer solchen Veränderung kann das Reich nicht einseitig vorgehen, sondern muß auf die einzelnen Bundesstaaten Rücksicht nehmen; die Schwierigkeiten, auf welche die Verlegung des Etatsjahres stößt, sind bis jetzt namentlich in Preußen noch überwiegend. Eine Verhandlung über diese Frage im Reichstage hilft so lange nicht, als nicht zum Mindesten Preußen und das Reich sich entschlossen haben, ihr Etatjahr zu verlegen und dadurch eine andere ökonomischere Vertheilung der Sessionszeit zwischen dem Reichstage und den Landtagen der Einzelstaaten zu ermöglichen.

Der Reichstag befindet sich — und das ist immerhin ein wichtiger Punkt — in der Lage, den Hauptgegenstand seiner Berathungen, den Etat, zur rechten Zeit erledigen zu können, obschon es dabei diesmal um nicht gerade besonders leichte Gegenstände sich handelt; auch die übrigen Vorlagen sind so geartet, daß ihre Erledigung bis Weihnachten möglich ist. Eine Verlängerung der Session würde nur durch die Strafrechtsnovelle herbeigeführt werden können, und dafür würde dann allerdings die Regierungen die Verantwortlichkeit treffen, da es nicht ersichtlich ist, warum gerade diese wichtigste Vorlage der Session so spät erst an den Reichstag gebracht wurde. Wenn indessen die geschichtliche Behandlung der Strafrechtsnovelle in der Weise stattfindet, wie an dieser Stelle vorgeschlagen wurde, wenn am Schlusse der ersten Lesung die für den Reichstag annehmbaren Paragraphen der Strafrechtsnovelle vorweg ausgeschieden und einer Kommission zur technischen Prüfung überwiesen, den übrigen Paragraphen gegenüber vom Reichstage im Plenum Stellung genommen wird, so kann auch diese Vorlage ohne erheblichen Zeitaufwand und ohne daß ihrer Durchberathung wegen die Session in das neue Jahr verlängert zu werden braucht, vom Reichstage erledigt werden.

Konjekturalpolitiker und stoffarme Korrespondenten haben wieder einmal Gelegenheit zu allerlei ausgiebigen Leistungen. Der „Staats-Anz." hat nämlich die Anwesenheit Gortschakoff's in folgender Form mitgetheilt:

Durch die Ankunft des kaiserlich russischen Kanzlers, Fürsten Gortschakoff, ist in den letzten Tagen der diplomatische Verkehr belebt worden. Fürst Gortschakoff, welcher am 29. November Abends hier angekommen war, konferirte gestern (30. v. M.) Mittags mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck, welcher den Besuch noch im Laufe des Nachmittags erwiederte. Am Tage vorher hatte der Reichskanzler den englischen Botschafter Lord Russell empfangen und gestern den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Karolyi.

Die russischen Blätter legen dem Zusammentreffen des Fürsten Gortschakoff mit dem Fürsten Bismarck in Berlin diesmal eine besonders große Bedeutung, und zwar speziell in Bezug auf die Lösung der Herzegowina-Frage bei, und motiviren mit dieser Zusammenkunft die Pause, die gegenwärtig in den diplomatischen Verhandlungen in Konstantinopel selbst eingetreten ist. „Der Schwerpunkt in der gegenwärtigen Krisis ist nach Berlin verlegt, dem gegenwärtigen Zentrum der ganzen europäischen Politik", äußert der „Golos", und andere russische Blätter sprechen ihre Verwunderung darüber aus daß sich Fürst Bismarck noch nicht bei irgend einer Debatte im deutschen Reichstage über die Stellung des deutschen Kabinettes zur jetzigen Phase der orientalischen Frage geäußert habe. Damit ist denn auch das außerordentlich lebhafte Interesse zu erklären, das in diesem Moment die russische Presse für die Verhandlungen des Reichstages, seitdem der Reichskanzler in demselben erschienen, kundgiebt.

Bekanntlich hatte Graf Andrassy die Aufgabe übernommen, einen Entwurf auszuarbeiten, welcher der Bürgschaft der drei Kaisermächte für die wirkliche Ausführung der Reformpläne der türkischen Regierung Ausdruck geben soll. Dieser Entwurf ist zur Zeit selbstverständlich so lange noch ein Geheimniß, bis die Zustimmung der beiden andern Kaisermächte dazu erreicht ist. Da in neuester Zeit gegenüber entgegenstehenden Preßäußerungen von den offiziösen Organen der drei betheiligten Staaten in aller Form versichert wird, diese Uebereinstimmung sei bereits erreicht, so würde eine Bekanntgebung der Andrassy'schen Vorschläge demnächst in Aussicht stehen. Unläugbar rückt jetzt die Aktion der Großmächte, welche Wochenlang einem tiefen Winterschlaf verfallen schien, in beschleunigtem Tempo vorwärts. Sowohl General Ignatief, der russische Botschafter, als sein österreichischer Kollege, Graf Zichy, haben in den letzten Tagen erfolgreiche Audienzen beim Sultan gehabt. Besonders wird von dem Grafen Zichy gemeldet, daß sein Empfang bei dem Padischah ein außerordentlich sympathischer gewesen, und daß der Botschafter bezüglich der in letzter Zeit scheinbar bedrohlichen Haltung Montenegro's die beruhigendsten Aufschlüsse gegeben. Man kann demnach der baldigen schnelleren Entwicklung der orientalischen Angelegenheit im festen Vertrauen auf die Erhaltung des europäischen Friedens entgegensehen, zumal nach der Versicherung der maßgebenden Organe auch durch den neuesten Zwischenfall, den Suezkanalaktienankauf durch England in den Stimmungen und Verhältnissen der Mächte zu einander nicht das Geringste geändert worden ist.

Nachschrift. Soeben geht uns die Nachricht zu, daß die Konferenzen zwischen Bismarck und Gortschakow am 1. d. M. zu dem vollsten Einvernehmen nicht nur der beiden Nordstaaten, sondern auch Oesterreichs, das durch seinen Botschafter Graf Karolyi bei den Verhandlungen vertreten war, geführt haben. Die Audienz, welche der russische Kanzler bei Kaiser Wilhelm hatte, soll nahe an drei Stunden gewährt haben; kurz darauf empfing der Fürst unter Anderen auch den englischen Botschafter und hatte dann eine zweite Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler. Auch die von Graf Andrassy ausgearbeiteten Garantievorschläge bezüglich der in der Türkei vorzunehmenden Reformen sind, wie berichtet wird, bereits dem petersburger Kabinet unterbreitet worden und wird binnen Kurzem eine gemeinsame Verständigung hierüber erreicht sein. Ebenso wird die Zustimmung der drei Kaisermächte zu dem Ankauf der Suezkanalaktien seitens Englands als thatsächlich erfolgt gemeldet.

Die „Danz. Ztg." erhält folgende beachtenswerthe Zuschrift aus der Provinz:

„Es ist überall nicht gut, etwas zu thun, was nicht aus der Ueberzeugung und aus dem Gewissen kommt, am wenigsten aber in geistlichen und religiösen Dingen." Das sind also die Worte, welche, nach der amtlichen Mittheilung des Präsidenten der Generalsynode, der Kaiser zu der Deputation eben dieser Synode in feierlicher Audienz gesprochen hat. Sie werden allen der äußeren Werkheiligkeit Beflissenen, wie den Förderern und Propheten derselben, zu großem Aergerniß, den aufrichtig religiösen Gemüthern aber zu noch viel größerer Genugthuung gereichen. Es ist durch jene Worte (wir heben das besonders hervor) auch unwiderleglich festgestellt, daß diejenigen militärischen Vorgesetzten, welche durch Ueberredung oder durch Erregung dieser oder jener Befürchtungen ihre Untergebenen zum Nachsuchen der kirchlichen Trauung auch gegen oder doch ohne ihre Ueberzeugung und ihr Gewissen zu nöthigen suchen, dadurch in den direktesten Widerspruch zu den Absichten und dem Willen ihres höchsten Kriegsherrn sich gesetzt haben. Das schreibt nicht etwa ein Gegner der kirchlichen Trauung, sondern ein Solcher, der seiner Ueberzeugung und seinem Gewissen sehr zuwider handeln würde, wenn er, etwa aus Furcht vor dem Spotte Andersdenkender, sich jemals verhindern ließe, da, wo er zum Rathgeber berufen ist, und wo gewissenhafte Ueberzeugungen der Betreffenden nicht den seinigen entgegenstehen, das Nachsuchen der kirchlichen Trauung im Interesse der öffentlichen und der Familiensitte auf das Dringendste anzurathen. Aber er verlangt auch, und zwar im Interesse der Religion und der Kirche selbst, daß durch amtliche Autorität, in welcher Form sie auch geltend gemacht werde, Niemand gehindert werden soll, seiner Ueberzeugung und seinem Gewissen gemäß auch die entgegengesetzten Rathschläge, sei es zu ertheilen, sei es zu befolgen.

[Abgedankte dankende Bischöfe.] Die Herren Dr. Förster und Dr. Martin, beide im Auslande weilend, veröffentlichen fast gleichzeitig zwei Dankerlasse, welche die gerichtliche Absetzung natürlich ignoriren. In der „Schles. Volksztg." steht zu lesen:

Als am 6. Okt. das Urtheil bekannt wurde, welches der neue kgl. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten über mich ausgesprochen hatte, erfolgten eine Menge Adressen, mit den bald Einzelne, bald Gemeinden, bald ganze Archipresbyterate ihre Theilnahme, ihre Anhänglichkeit und ihre Treue auf eine eben so rührende als tröstliche Weise aussprachen, und diese wohlthuenden Kundgebungen meiner theuern Diözesanen dauerten noch fort, als die Wiederkehr meines Geburtstages Veranlassung zu neuen Erweisungen der Liebe gab, so daß ich mich genöthigt sehe, den Weg der Oeffentlichkeit zu betreten um meinen warmen Dank nach allen Seiten hin in der großen und weiten Diözöse aussprechen zu können. Johannisberg, den 27. Nov. 1875.

† Heinrich, Fürstbischof.

Und der „Germania" ist Nachstehendes zur Veröffentlichung zugegangen:

Oeffentlicher Dank.

Die an meinem neulichen Namensfeste von allen Seiten her, von Geistlichen und Laien, von Einzelnen, wie ganzen Korporationen, besonders aus meiner theuren Diözese mir in so großer Zahl zugegangenen Glückwunschadressen und Telegramme haben meine Seele tief bewebt, und da ich sie nicht einzeln erwidern kann, spreche ich für diese Kundgebungen treuer, unerschütterlicher Liebe und Theilnahme hiermit öffentlich meines Herzens gerührten Dank aus.

† Konrad,
Bischof von Paderborn.

Herr Martin ist, wie man sieht, fürsichtig genug, die sonst übliche Angabe des Aufenthaltsortes wegzulassen.

Deutschland.

△ **Berlin**, 2. Dezember. Seit einer Reihe von Jahren ist in landwirthschaftlichen Kreisen die Frage wegen Verkaufs des Viehes nach dem Lebendgewicht besprochen worden. Jetzt hat nun der glogauer landwirthschaftliche Verein den Beschluß gefaßt, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten, betreffend „die amtliche Feststellung der Preise für Schlachtvieh nach Lebendgewicht auf dem berliner und den übrigen Schlachtviehmärkten in Preußen". Es giebt sich eine starke Sympathie für den in der Petition ausgesprochenen Wunsch in anderen landwirthschaftlichen Vereinen zu erkennen, von denen viele voraussichtlich ihre Uebereinstimmung mit derselben kundgeben werden. Aus dem Schriftstück läßt sich ersehen, daß der Umsatz an Vieh auf dem berliner Viehmarkte in der Zeit vom 1. Oktober 1874 bis ultimo September d. J. betragen hat: an Rindvieh 111,294 St. im Werthe von 33,388,200 M.; an Schweinen 359 297 St. im Werthe von 37,726,185 M.; an Hammeln 578,051 St. im Werthe von 10,982,969 M.; und an Kälbern 113,752 St. im Werthe von 5 118,740 M.; im Ganzen also 1 162,394 Stück Vieh im Werthe von 87 216,094 M. Die Werthberechnung ist hierbei nach einem Durchschnittspreise von 300 M. für Rindvieh, 105 M. für Schweine, 19 M. für Hammel, 45 M. für Kälber erfolgt. — Die starken Winde und Stürme im Monat November sind den unterseeischen Telegraphen-Kabeln an verschiedenen Stellen schädlich gewesen, indem die hohen Wellen die im seichten Theile des Wassers liegenden Kabel zerrieben und zerbrochen haben, wodurch ihre Leitungsfähigkeit gestört wurde. Es können zur Zeit Depeschen nicht befördert werden: auf den Linien Suez Aden, Pernambuco-Pera, England-Scilly-Inseln, Wladiwostok Nagasaki, Madras-Perang. Die telegraphische Verbindung auf dem Festlande mit den Städten Barcelona, Matero, Reus, Sabadell, Tarragona und Jarrasa ist wegen des Krieges in Spanien immer noch unterbrochen. Telegramme für diese Städte werden durch die Kabelleitung Marseille-Barcelona befördert.

Berlin, 2. Dezember. [Reichstag] Wer heute Vormittag um 4 Uhr fragte, wohin die Spritzen der Feuerwehr in rasender Eile durch die Leipziger Straße jagten, erhielt die sensationelle Antwort: „der Reichstag brennt." Und als sie nun wirklich vor dem Reichstagsgebäude hielten, da fuhr auch zufällig der Wagen der Kaiserin vorüber; die hohe Frau ließ gleich halten und erhielt die Nachricht: „Es brannte im Reichstage, doch ist das Feuer schon gelöscht!" Mit dem Brande hatte es folgende Bewandtniß: Hinter dem Präsidentensitz befinden sich zwei Gasflammen, die auf dem Korridor angezündet werden und durch Milchglasscheiben ihr Licht in den Saal werfen, um den Gang hinter dem Präsidentensitz zu erhellen. Die Flammen befinden sich zwar in einer Umhüllung von Zinkblech, sind jedoch von einem Holzverschlage umgeben. Die Flamme links vom Präsidenten hatte nun das Holz ergriffen, die Diener auf dem Korridor merkten einen brandigen Geruch und sahen auch sofort die Flamme auflodern. Man holte Wasser herbei und zerschlug die Holzeinfassung und das Glas, so daß die Verhandlung im Saale unterbrochen werden mußte; doch dachte der Präsident anfänglich noch, dieselbe fortsetzen zu können. Der Abgeordnete Laporte erhielt das Wort, aber die dröhnenden Axtschläge und das klirrende Glas brachten eine so große Beunruhigung hervor, daß es gerathener schien, die Sitzung zu vertagen. Der Hausinspektor Krug rief durch Zertrümmerung der zu die-

sem Zweck angebrachten Glasscheibe die Feuerwehr herbei; als diese indeß eintraf, war die Flamme bereits erstickt. Ihr Umsichgreifen hätte, da alle Gasflammen des Hauses bereits entzündet waren, unabsehbares Unheil anrichten können. Der Vorfall mahnt aufs Neue daran, die Parlamentsbaufrage nicht ad calendas graecas zu vertagen. Die Sitzung selbst führte zunächst zur Beantwortung der Interpellation Wiggers über die Wasserstraßen; sodann wurde die Abänderung des Postgesetzes in der That zu einer — brennenden Frage. Die Reichsregierung kam aber gut davon, denn die Bestimmung der Kommission, nach welcher die Eisenbahnen nur Packete von 2 Kilo u. s. w. zu befördern haben sollen, wurde verworfen und der frühere Satz von 10 Kilo nach der Regierungsvorlage hergestellt. Die Debatte förderte keine Gesichtspunkte zu Tage, die nicht bereits in der Kommission zur Erörterung gelangt waren. Sie bewegte sich in mäßig trägem Flusse, und es war deutlich zu merken, daß man nur anstandshalber diskutirte, das Schicksal des Kommissionsbeschlusses war bereits besiegelt. Auch die Ausführungen des Berichterstatters hatten nicht das Ohr des Hauses, das unruhig wurde und zur Abstimmung drängte. Diese fand denn auch endlich statt; mit einem gewissen Eclat erhob sich fast die ganze Versammlung bis auf die Fortschrittspartei, um die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Zu der morgen beginnenden Debatte über die Novelle zum Strafgesetz ist eine außergewöhnlich starke Nachfrage nach Billets. Allein über tausend Gesuche, unter denselben eine Anzahl von hervorragenden Juristen und Gelehrten, haben refusirt werden müssen. Man erwartet, daß Fürst Bismarck das Wort ergreifen wird.

□ **Berlin,** 2. Dezbr. Die Petition des deutschen Journalistentages in Betreff des Zeugnißzwanges konnte, wie erinnerlich, gestern nicht zur Erledigung kommen, weil der Abg. Sonnemann, welcher der Berathung beizuwohnen wünschte, nicht eingeladen worden war. Sie stand daher auf der heutigen Tagesordnung und sowohl Sonnemann als auch Windthorst-Meppen wohnten der Sitzung bei. Bekanntlich enthält die Petition zweierlei Forderungen, und zwar 1) der Reichstag möge Schritte thun, um dem Prinzip Geltung zu verschaffen, daß sobald nach § 20 des Preßgesetzes der Redakteur haftbar für den Inhalt eines Artikels ist, jede zwangsweise Ermittelung eines anderen Schuldigen wegfallen soll; 2) die Reichsjustizkommission möge den Eintritt der Zeugnißpflicht bei Verletzung von Amtsgeheimnissen nur dann für statthaft erklären, wenn der Bruch des Amtsgeheimnisses durch richterisches Urtheil konstatirt sei, ferner dafür Sorge zu tragen, daß das zulässige Maß der Zwangsmittel in richtigem Verhältnisse zu der Bedeutung des zu erzwingenden Zeugnisses stehe. Nachdem der Referent Abg. Hullmann die Sachlage rekapitulirt, stellte er den Antrag, diese Petition durch Vermittelung des Präsidenten der Justizkommission zu überweisen, der Korreferent Abg. v. Huber pflichtete diesem Antrag bei. Der Abg. Hoffmann stellte dagegen den Antrag, die Petition mittelst schriftlichen Berichts dem Reichstage vorzulegen und demselben zu empfehlen, die Petition an die Justizkommission zur Erwägung event. Berücksichtigung bei Berathung der Strafprozeßordnung abzugeben. Die Kommission schloß sich diesem Antrage an, in Folge dessen beide Referenten, welche den Antrag gestellt hatten, die Petition der Justizkommission durch Vermittelung des Präsidenten zu überweisen, die Uebernahme des Referats ablehnten. Mit der Berichterstattung wurde hierauf Abg. Hoffmann beauftragt.

— Wie man der „Fr. Ztg." schreibt, hätte Graf Harry v. Arnim sein Vermögen bereits vollständig in Sicherheit gebracht, so daß ein Sequester desselben, von welchem mit Bezug auf die neueste Anklage gegen ihn gesprochen wurde, unausführbar sein würde. — Dem „Frdbl." wird bestätigt, daß gegen den Stadtgerichts-Direktor Reich ein Disziplinarverfahren wegen frühzeitiger Veröffentlichung des ersten Erkenntnisses im Arnim'schen Prozesse nebst den Erkenntnißgründen stattgehabt hat. Herr Reich soll bei Vermittelung desselben an einen Journalisten nur eine korrekte Wiedergabe der Erkenntnißgründe im Auge gehabt haben. „In den Kreisen seiner hiesigen juristischen Kollegen wird er wegen dieses Unfalls allgemein bedauert, da ihm neben persönlicher Milde im geselligen Verkehr sonst große geschäftliche Exaktheit nachgesagt wird. Wie wir noch hören, beabsichtigt Herr Reich, in die früher von ihm eingenommene Stellung als Rechtsanwalt zurückzutreten."

— In Betreff der Zusammensetzung der demnächst zusammentretenden Landtage der Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen ergeben die Angaben des Mitgliederverzeichnisses nach dem „St.-A." folgende Gruppirungen der Mitglieder:

Provinz Preußen 134 Abgeordnete: 16 Landräthe, — 7 Kreisdeputirte, — 31 Groß-Grund- und Rittergutsbesitzer, — 1 Domainenpächter, — 46 Guts- und Hofbesitzer, Schulzen und Amtsvorsteher, — 30 Bürgermeister, Stadträthe und Stadtverordnete, — 3 Richter;

Provinz Brandenburg 88 Abgeordnete: 15 Landräthe, — 1 Kreisdeputirter, — 20 Rittergutsbesitzer, — 3 Domainenpächter, — 20 Gutsbesitzer, Schulzen zc., — 29 Bürgermeister zc;

Provinz Pommern 82 Abgeordnete (von denen Einer die Wahl abgelehnt hat): 10 Landräthe, — 4 Kreisdeputirte, — 27 Rittergutsbesitzer, 1 Domainenpächter, — 12 Gutsbesitzer, Schulzen zc. — 23 Bürgermeister Stadtverdnete zc., 4 Richter;

Provinz Schlesien 125 Abgeordnete: 24 Landräthe, — 8 Kreisdeputirte, — 44 Rittergutsbesitzer, — 14 Gutsbesitzer, Schulzen zc., — 25 Bürgermeister, Stadtverordnete zc;

Pravinz Sachsen 103 Abgeordnete: 22 Landräthe, — 3 Kreisdeputirte, — 18 Rittergutsbesitzer, — 1 Domainenpächter, — 23 Gutsbesitzer, Schulzen zc.; — 35 Bürgermeister zc., — 1 Richter;

in sämmtlichen fünf Provinzen 5:2 Abgeordnete: 87 Landräthe, — 23 Kreisdeputirte, — 140 Groß Grund- und Rittergutsbesitzer, — 6 Domainenpächter, — 115 Gutsbesitzer, Schulzen, Amtsvorsteher, — 152 Bürgermeister, Stadtverordnete zc., — 8 richterliche Beamte.

— Am 14. Oktober wurde bekanntlich den sechs Mitgliedern des Dominikanerordens in Moabit erklärt, daß das hiesige königliche Polizeipräsidium in Ausführung des Gesetzes vom 31. Mai (Klostergesetz) die Auflösung jener Niederlassung auf den 1 Dezember d. J. beschlossen habe, und daß bereits am 30. November sämmtliche Mitglieder das Haus zu räumen hätten. Demgemäß ist nun, wie die „Germ." mittheilt, Dienstag Abend die „Niederlassung" aufgelöst.

— Der Generallieutenant z. D. v. X. wurde zum Geschworenendienste bei dem hiesigen Kreisschwurgericht berufen. Dieser reklamirte jedoch, nachdem bereits die Urliste der Geschworenen definitiv festgestellt war, gegen seine Berufung bei dem hiesigen Kreisgericht auf Grund des § 63 Nr. 4 der Verordnung vom 3. Januar 1849, nach welchem die im aktiven Dienste befindlichen Militärpersonen zu Geschworenen nicht berufen werden können. Das hiesige Kreisgericht und auch das Kammergericht gaben in Folge dessen dem Entlassungsgesuche statt, dagegen beschloß das Obertribunal am 19 November d. J die vorinstanzlichen Beschlüsse aufzuheben und das Entlassungsgesuch des Generallieutenants z. D. zurückzuweisen, „weil nach Art. 56 Alinea 2 des Gesetzes vom 3 Mai 1852 etwaige Befreiungsgründe aus § 63 der Verordnung vom 3. Januar 1849 als verspätete Einwendungen gegen die definitiv festgestellte Urliste der Geschworenen vor den Gerichten überhaupt nicht mehr geltend gemacht werden können, vielmehr nach § 65 loc. cit. innerhalb einer dreitägigen Präklusivfrist nach Offenlegung der Urliste bei der zuständigen Verwaltungsbehörde zum Protokoll anzumelden und dort zum Austrage zu bringen sind."

— Eine großartige Razzia hat in der Nacht zum Mittwoch hier stattgefunden. Anlaß hierzu gab — die Volkszählung. Da zahlreiche Individuen in Berlin leben, welche keine feste Wohnung haben, sondern in sogenannten Pennen bald hier bald dort nächtigen, so wäre es unmöglich ein Nationale dieser Leute zu erlangen. Es wurde deshalb in dieser Nacht jede Penne von Polizeibeamten besucht und da diese alle Zählblättchen mit sich führten, konnten sie gleich das Nationale aufnehmen. In Asylen für Obdachlose haben die „Hausväter" dies Amt übernommen. Auch die Kellerlokale, welche als Aufenthaltsorte von Leuten bekannt sind, die das Licht zu scheuen haben, und denen die Volkszählung durch Eruirung ihres Aufenthalts einige unangenehme Erinnerungen hinterlassen könnte, wurden von den Kriminalpolizisten einer Okularinspektion unterworfen, wobei Mancher mit nach dem Molkenmarkt wanderte, dem die Polizei schon längst gerne ein stilles Plätzchen angewiesen hätte. Die äußerst strenge Kälte dieser Nacht war der Volkszählung insofern günstig, als sie kein Uebernachten der Obdachlosen im Freien gestattete.

— Die Gesetzes-Beilagen des deutschen „Reichs-Anzeigers" Nr. 1 enthalten die Statuten des preußischen Beamten-Vereins. (Begründet am 7. September und Allerhöchst bestätigt am 29. Oktober 1875.)

Frankreich.

Paris, 30. November. In der französischen Presse dauert das Parteigezänk wegen der Suezkanalaffaire fort. Alle anderen Organe an Maßlosigkeit aber übertrifft in ihren Angriffen auf die Regierung und den Minister des Aeußeren, „der noch immer nicht demissionirt habe", Gambetta's Blatt, die „République Française". Und doch war sie es gerade, welche am heftigsten gegen die egyptische Justizreform polemisirte. Dem offiziösen „Moniteur", welcher bekanntlich die Version erfunden, daß der Verdruß des Khedive über Frankreichs Zögern in Anerkennung der Justizreform für denselben maßgebend bei dem Geschäftsabschlusse mit England gewesen sei, — dem „Moniteur" wird es daher leicht, die Gambettistischen Angriffe abzuweisen. Besonders das „Journal de Paris" und der „Moniteur universel" werden nicht müde, den Minister des Aeußern gegen die Angriffe wegen seiner Haltung in der Suezfrage zu vertheidigen.

Nehmen wir einen Augenblick an, sagt das erstere Blatt, daß man am Freitag plötzlich vernommen hätte, nicht die englische, sondern die französische Regierung hätte dem Vizekönig seine Suezaktien abgekauft; was wäre dann geschehen? Es hätte sich in Europa schon Jemand gefunden, welcher allen Kabinetten den unersättlichen Ehrgeiz Frankreichs denunzirt und England und Rußland klar gemacht hätte, wie unrecht es von ihnen im letzten Frühjahr gewesen sei, uns gegen die Kriegsprojekte, von denen wir bedroht waren in Schutz zu nehmen. An einem Tage hätten wir die ganze Frucht einer vierjährigen Selbstbeherrschung verloren. Man hätte gegen uns die Eifersucht aller Mächte aufgestachelt und wenn wir erst ganz isolirt und aller Sympathien, die wir wiedererrungen haben, beraubt gewesen wären, wären wir eines schönen Morgens mit einem Ultimatum in der Hand erwacht, auf welches bald eine Kriegserklärung gefolgt wäre. Nach Innen hätte sich die Sache nicht besser gestellt. Wir sind nicht in England. Wir sind nicht in einem Lande, wo alle Parteispaltungen verschwinden, sobald es sich um ein nationales Interesse handelt. Herr Disraeli und Lord Derby empfangen die Glückwünsche der ganzen Presse, auch der oppositionellen. Herr Buffet und der Herzog Decazes wären dagegen, wenn sie ein solches Geschäft abgeschlossen hätten, den gehässigsten Verdächtigungen und den schmählichsten Angriffen ausgesetzt gewesen. Vor allem Anderen hätte man sie beschuldigt, Millionen an diesem Geschäft verdient zu haben. Hat man nicht schon vor einiger Zeit solche widerwärtigen Insinuationen gegen den Herzog Decazes in Umlauf gesetzt? Hat man nicht früher von dem Herzog von Broglie hundert ähnliche Räubergeschichten erzählt?

Da der „Moniteur universel" sich ganz ähnlich ausläßt, muß man wohl annehmen, daß beide bekanntlich hochoffiziöse Blätter ihre „Anregung" von dem Minister des Aeußern selbst empfangen haben.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 2. Dezember. Im Fortgang der Berathung des Postgesetzes ergriff nach der mitgetheilten Rede des Bundeskommissars Geh. Rath Fischer das Wort der

Abg. Parisius: Ich höre von einigen Mitgliedern des Hauses, daß sie deshalb den Beschlüssen der Kommission ihre Zustimmung versagen werden, weil die dadurch für das Reich entstehende Mehrausgabe eine zu bedeutende sein wird. Dieser Einwand paßt auf unseren Antrag nicht. Die dadurch verursachte Mehrausgabe, welche nach den Ausführungen des Herrn Bundeskommissar 1,600 000 Mark betragen würde, ist im Vergleich zu den bisherigen Ueberschüssen der Postverwaltung so gering, daß die Besorgnisse jener Herren unbegründet sind. Im übrigen sind die Gründe, welche der Herr Referent für die Herabsetzung des Packetgewichtes vorgebracht hat und noch vorbringen wird, auch auf unseren Antrag anwendbar, und ich enthalte mich der Kürze halber zu dessen Begründung weiterer Ausführungen.

Abg. v. Benda: In der ersten Berathung habe ich mich zwar für das Weiterbestehen des Provisoriums ausgesprochen; da uns aber in den Kommissionsberathungen die Nothwendigkeit eines Definitivums klar dargelegt ist, so will ich in diesem auch den Besitzstand der Post möglichst gewahrt wissen. Bei den Privatbahnen hat die

Flemming'sche Jugendschriften.

So möchten wir die im Verlage von Carl Flemming in Glogau alljährlich zur Weihnachtszeit erscheinenden Bücher für die junge Welt bezeichnen. Der Name ist seit langen Jahren in weiten Kreisen bekannt und man hat sich so sehr daran gewöhnt, damit den Begriff des Trefflichen zu verbinden, daß jedes neue Buch von vornherein eine Empfehlung mitbringt. Auch die für den diesmaligen Weihnachtsmarkt bestimmten Sachen machen in der Mehrzahl dem Verleger nicht minder Ehre wie den Verfassern. Da begegnet uns zunächst ein alter literarischer Bekannter, den man immer wieder gerne sieht, da er sich von Jahr zu Jahr verjüngt: es ist Thekla von Gumpert's „Töchter-Album", von dem nun der 21 Band vorliegt. Dasselbe wendet sich vorzugsweise an bereits herangewachsene junge Mädchen und dürfte namentlich bis zum Alter von 14 Jahren gelesen werden. Auch diesmal ist der Inhalt mit Geschick und Geschmack ausgewählt. Eine Reihe geachteter Schriftsteller und Schriftstellerinnen hat sich in Versen und Prosa betheiligt, und anerkannt treffliche Künstler haben dazu zahlreiche Illustrationen geliefert. Gewiß wird auch der neueste Band dieses Albums ebenso gern wie seine Vorgänger entgegengenommen werden. Nicht minder beliebt ist derselben Herausgeberin reizendes Buch „Herzblättchens Zeitvertreib", das mit dem vorliegenden Bande sein zwanzigstes Jahresfest begeht. Was bietet es nicht alles! Kleine Gedichte, Märchen, Erzählungen, Räthsel, Anleitungen zu unterhaltenden Beschäftigungen und dazu eine Menge bunter und schwarzer Bilder. Unter den letzteren zeichnen sich wieder die Fröhlich'schen Silhouetten aus. Abwechslung, das ist die Parole des Alters, für das diese Blätter bestimmt sind, und Abwechslung bringen sie in Hülle und Fülle.

Eine Novität des Flemming'schen Verlags ist A. Godin's „Märchenbuch", ein starker, hübsch ausgestatteter Band, welcher die schönsten Märchen älterer und neuerer Literatur theils in ihrer Originalgestalt, theils in für jugendliche Gemüther geeigneter Bearbeitung vorführt. Mit Recht betont die Herausgeberin, daß keine Schreckgestalt, sondern nur jene holden Bilder, die ein Kinderherz zu entzücken vermögen, Aufnahme gefunden haben. Die Bearbeitung ist durchgehends angemessen, der naive Ton oft recht glücklich getroffen. Verschönt wird das Buch durch zahlreiche Illustrationen.

Für die reifere Jugend hat E. Ebeling die Erzählung „Haideröschen" geschrieben. Sie behandelt die Religionsverfolgungen unter der Regierung Ludwig's XIV., dessen Hof nur von der glänzenden Seite geschildert wird. Auch den Hauptpersonen jener Zeit, dem König, der Maintenon, der Herzogin von Orleans u. s. w., hat der Verfasser nur die besseren Charakterzüge gegeben. Das Ganze ist für kindliche Gemüther und jugendliches Vorstellungsvermögen berechnet — ob der Gegenstand gerade zur Abhandlung vor Kindern geeignet erscheint, ist eine andere Frage. Bei solchen Historien liegt die Gefahr nahe, daß dem unreifen Alter Vorstellungen beigebracht werden, die das reife Alter nur langsam korrigirt. Aehnliches gilt wohl auch von Lena Fäsi's Kinderbuch „Unter dem Christbaum", in welchem das religiöse Element sehr hervortritt. Wenn z. B. um nur Eins zu erwähnen, darin erzählt wird, daß Gott blos auf das Gebet eines Kindes wartete, ehe er regnen ließ, so muß das bei den Kleinen höchst unzutreffende Begriffe von dem höchsten Wesen erwecken. E.

Gedichte von Eckstein.

* **Initium fidelitatis!** Unter diesem burschikosen Titel hat Ernst Eckstein ein Bändchen humoristischer Gedichte herausgegeben. Was der lateinische Titel auf den deutschen Versen bedeutet, ist schwer zu sagen, selbst für denjenigen, welcher „fidelitas" nicht wie das klassische Alterthum mit Gewissenhaftigkeit sondern wie unsere klassische Jugend mit „Fidelität" übersetzt und dabei an das „Gaudium incipit" der Kommersche denkt. Daß der junge Dichter noch nicht an's Ende der Vergnüglichkeit gelangt ist, können wir uns denken, doch ist er sicher bestrebt gewesen, uns „Summum fidelitatis", die höchste Lustigkeit, zu bieten; vielleicht hat nur Bescheidenheit ihn bestimmt mit einem „Anfang" aufzutreten, der die Kritiker entwaffnen muß, wenn sie Höheres verlangen. Es ist in der That eine ungetrübte „Fidelität", welche aus Ecksteins Versen klingt. Der Dichter lächelte und lacht, ohne daß jemals eine gemüthsweiche Thräne sich ihm ins Auge drängte. Die Thorheiten der Welt erregen nur seine satyrische Laune, und die kleinen Mißgeschicke des Lebens stören ihm nicht den Appetit. Selbst wo er in Heine'scher Manier unglückliche Liebe heuchelt, erhebt er sich nicht zu dem Weltschmerze jenes Dichter-Feuilletonisten, den er so gern als Vorbild betrachtet. Er kommt in die Heimath zurück und frägt:

Was macht denn die blonde Helene?
Und ist sie denn wirklich Mama?

Ich rief es mit lachendem Munde,
Mir war in der Seele so weh!
Die alte verzehrende Wunde,
Sie brennt und blutet wie je.

Mir steht's an der Stirne geschrieben,
Da frommt kein erzwungener Scherz!
Ich muß mich in Eile verlieben,
Sonst bricht mir das kindische Herz!

So tiefes Liebesweh — und zugleich solche einfache Kur kann eben nur ein fideler Mensch vereinen. Wenn Eckstein wirklich „erzwungenen Scherz" zuweilen bietet, so ist daran nicht „die alte verzehrende Wunde" schuld, sondern entweder schlechte Schriftstellerhonorare oder eine gestörte Schäferstunde oder Schwächen des schwachen Geschlechts. Aber selbst solche kleinen Wolken schweben nur selten über den lachenden Horizont seiner — fast hätten wir gesagt: Gemüthswelt, wir meinen: — Anschauungswelt. Es geht ihm gut, und er kann „lustig sein, fröhlich sein," ja selbst manchmal frivol; was ihn aber nicht hindert, über Alles und Jedes die glattesten, klangvollsten, zierlichsten Verse zu schreiben, so daß wir ihm gern glauben wenn er singt:

Nie hat's mir im Leben
An Reimen gefehlt.
'S ist halt, worin mein Beruf besteht,
Als Familien-Dichter und Hofpoet.

P. S Das „Initium fidelitatis" ist im Verlage von Joh. Friedr. Hartknoch in Leipzig erschienen, Preis 1 Mark.

* **Königsberg,** 23 November. Die „Ostpr. Ztg." theilt folgendes Schiffsunglück mit: Sonnabend trafen in Königsberg Seeleute auf der Landreise nach ihrer Heimath Pommern ein und erzählten das schreckliche Schicksal, das ihnen und mehr noch verschiedenen ihrer Landsleute begegnet. Sie gehörten zu einem deutschen Schooner, der vor ungefähr 8 Tagen Mittags von Petersburg mit Ladung ausging. Auf der Rhede von Kronstadt konnte man bei plötzlich nach Nordwesten überspringendem Winde keine Segel beisetzen, um die offene See zu erreichen, auch der Versuch, den Hafen zu gewinnen, mißlang, das Schiff stieß bei dem niedrigen Wasserstande an Grund und wurde steuerunfähig, da es eine Verletzung am Rohre erlitt. Vom Lande aus wurde die Gefahr wahrgenommen und wurden Rettungsversuche gemacht, die jedoch bei den dortigen mangelhaften Vorkehrungen ohne Erfolg waren. Es sollen den Rettungsböten Anker gefehlt haben. Der Mannschaft des Schooners bemächtigte sich Verzweiflung. Der Koch, ein guter Schwimmer, sprang in die Fluthen, und versuchte, das Land zu erreichen, erstarrte aber alsbald in dem kalten Wasser und ertrank. Er ist Vater von drei Kindern. Der Zimmermann umklammerte eine Schiffsplanke und vertraute sich mit ihr den brandenden Wogen an, in der Hoffnung, daß sie ihn an den sicheren Strand treiben würden, aber auch seine erstarrenden Glieder vermochten bald nicht mehr sich an dem Brette zu halten, er ertrank ebenfalls, ein Vater von fünf Kinder. Mittlerweile war die Dunkelheit hereingebrochen. Von der noch rückständigen Besatzung stürzten nach kurzer Zeit zwei, von Anstrengung und Frost so ihrer Kräfte beraubt, daß sie sich nicht mehr oben erhalten konnten, vom Decke hinunter und kamen gleichfalls in den Wellen um. Man hatte indessen vom Lande aus die Rettungsversuche nicht aufgegeben und endlich glückte es um 2 Uhr Morgens in der Schreckensnacht, den Kapitän und die außer ihm noch übrigen fünf Mann durch ein Rettungsboot, das inzwischen mit den nöthigen Requisiten ordnungsmäßig ausgerüstet worden, herüber zu holen. Sie befanden sich im elendsten Zustande und haben auch jetzt noch an den Folgen der fürchterlichen Einwirkungen, welche in jener Nacht auf ihren Körper und Geist eingestürmt sind, zu leiden.

Post das Recht der freien Beförderung von 10 Kilo schweren Packeten; da aber durch die Zerlegung von schweren Packeten in solche von 10 Kilo den Bahnen bedeutender Schaden zugefügt worden ist, so kam man auf den Gedanken, durch die Herabsetzung des Packetgewichtes auf fünf Kilo die Zerlegung zu erschweren, und diesen Kompromiß wollte man in das Definitivum aufnehmen. Inzwischen sind aber werthvolle Momente hinzugetreten, welche auf meine Entscheidung influiren. Wir haben gehört, daß die Herabsetzung auf fünf Kilo einen Verlust von ungefähr 1½ Millionen Mark mit sich bringen würde. Mir ist auch privatim glaubwürdig mitgetheilt worden, daß die Postverwaltung die oben geschilderte Zerlegung der Packete nicht begünstige, wenn sie dieselbe auch nicht ganz verhindern könne. — Bei der allgemeinen Finanzlage dürfen wir nicht fragen: was liefert die Post, sondern: was haben wir überhaupt. Da wir nun in dieser Session schwerlich zu einer Erhöhung der Matrikularbeiträge schreiten, vielmehr einen großen Theil unserer Reserven aufzehren werden, so halte ich einen Ausfall von 1⅓ Millionen für so bedeutend, daß ich bei der Zweifelhaftigkeit des Kompromisses für die Regierungsvorlage stimmen werde, zumal wenn der General-Postdirektor meine Voraussetzungen bestätigt und die übrigen Kommissionsvorschläge zu Gunsten der Eisenbahnen angenommen werden.

Generalpostdirektor Stephan: Es entspricht durchaus nicht den Absichten der Postverwaltung, daß eine Zertheilung der größeren Packete in kleinere stattfinde. Sie hat bereits vor einem Jahre bei Erlaß einer neuen Postordnung die Bestimmung getroffen, daß zu einer Adresse nicht mehr als fünf Packete gleichzeitig abgegeben werden können, und sie ist gern bereit, sich der Erwägung zu unterziehen, ob man nicht die Schranke noch etwas enger ziehen und die Zahl der Packete auf drei festsetzen kann. Ferner ist die Bestimmung getroffen, daß bei solchen Zertheilungen der Sendungen für jedes einzelne Packet das Bestellgeld am Bestimmungsorte besonders erhoben wird. Das sind sehr wesentliche Schranken gegen die Zertheilung der Packete, ganz abgesehen davon, daß ja auch die Emballage, die Mühewaltung, das Schreiben der vielen Signaturen gar nicht zu unterschätzen sind. Die Anzahl der kleinen Packete hat keineswegs zugenommen, der Prozentsatz derselben ist wie in früheren Jahren 75 Prozent, er hat sich immer zwischen 75 und 76 Prozent bewegt mit der einzigen Ausnahme von 1870/71, wo er wegen der vielen Feldpostpackete bis zu 4 Pfund 78 Prozent betrug. Dagegen nimmt der große Packetverkehr bei uns zu ganz gegen die Intentionen der Postverwaltung und ist nur durch die bequemen Bestellungs- und Annahmeeinrichtungen der Post zu erklären. Das Hauptmittel, den Anreiz zur Zertheilung großer Sendungen in kleinere zu beseitigen, würde in einer weiteren Herabsetzung des Tarifs für große Packete liegen, ein Ziel, welches ich als ein sehr erstrebenswerthes bezeichnen muß.

Die Argumente sind völlig erschöpft, nicht aber ist es mein Vertrauen in die Richtigkeit der Ihnen vorgelegten Grundsätze, das durch das Bewußtsein gestärkt wird, daß Sie uns, den Blick auf das Gesammtinteresse des Vaterlandes gerichtet, nicht versagen werden.

Abg. Windthorst: Das Resultat der Erörterungen ist für mich, daß ich für die Regierungsvorlage stimmen werde. Wenn wir tabula rasa hätten ohne jede historische Entwickelung, so würden wir uns auf den Standpunkt des Abg. Nieper stellen können. Das ist aber nicht der Fall, wir können die bisherige Entwickelung nicht ignoriren, und müssen uns daher an die Erfahrung halten und an die bestimmt abgegebenen Erklärungen der Regierungen. Der Satz von 10 Kilo ist auch keine Schädigung für die Privatbahnen und wird durch dieses Gesetz nicht geändert.

Referent Berger: Die Kommissions-Vorschläge können auf sich das Sprüchwort anwenden: viel Feind, viel Ehr. Sie werden recht tapfer von allen Seiten angegriffen. Unter den Gegnern ragt insbesondere Herr Grumbrecht hervor. Er hat aber, wie mir scheint, aus dem Kommissionsbericht nur gelesen, was mit seinen Anträgen übereinstimmt. Hätte er den ganzen Bericht gelesen und die Kommissionsvorschläge eingehend erwogen, dann hätte er nicht zu der mir gegenüber gemachten Bemerkung kommen können, es sei die Mühe, die die Kommission sich gegeben habe, einigermaßen auffällig. Man müsse erstaunt darüber sein, daß die Kommission nicht ohne Weiteres den Vorschlägen der Bundesregierung zugestimmt hätte. Nun, die Kommission ist wesentlich aus Gründen des Rechts und der Billigkeit zu ihren Vorschlägen gekommen. Sie fand, daß die gegenwärtigen Bestimmungen der Gesetzgebung auf dem preußischen Eisenbahngesetz vom Jahre 1838 beruhen. Bei der Emanation desselben ging der Gesetzgeber von der Erwartung aus, daß die seitherigen Einnahmen nicht mehr in derselben Höhe bleiben würden; sowie daß der Postzwang in dem damaligen Umfange bestehen bleiben werde. Von diesen Voraussetzungen ist aber keine eingetroffen. Die Einnahmen haben sich durch die Kooperationen der Eisenbahnen ganz bedeutend gehoben. Der Postzwang wurde im Jahre 1852 auf 20 Pfund ermäßigt und im Jahre 1860 ganz beseitigt. Entspricht es den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit, einem Verkehrsinstitute wie die Eisenbahnen eine Verpflichtung aufzuerlegen, die zur Basis den Postzwang hat? Indem die Mehrheit der Kommission sich vergegenwärtigte, daß die großen Reformen der letzten Jahre auf der Voraussetzung der Leistungen der Eisenbahnen für die Post beruhen, wollte sie nicht tabula rasa machen, sondern einen billigen Kompromiß abzuschließen suchen. Der Abg. Grumbrecht hat gefragt, warum wir über die Sorgfalt des Bundesraths, in dem doch alle Regierungen vertreten sind, für die Staatsbahnen hinausgingen und das Maximum des Art. 2 von 10 auf 2 Kilo ermäßigen wollten. Ich erinnere nur daran, daß es mit der Vertheilung der Staatseisenbahnen auf die verschiedenen Regierungen eine eigenthümliche Bewandtniß hat. Den größten Theil besitzt Preußen, und daß dieses aus einem nobile officium sich herabgelassen hat, auf diesem Gebiete in entsprechendem Sinne seine Stimme abzugeben, wird jeder von Ihnen verstehen. Die übrigen Regierungen, die Staatsbahnen haben, sind die bei der thüringenschen Bahn betheiligten, dann Oldenburg, Mecklenburg und Sachsen (Ruf: Baden). Baden hat nur Staatsbahnen und hat sich auf das Entschiedenste gegen die Vorlage ausgesprochen. Warum sollte der Reichstag, da er durch Grundsätze des Rechts und der Billigkeit bereits zu seinen Anschauungen gekommen war, durch die Rücksicht auf die Bundesbeschlüsse davon abhalten zu lassen, das den Eisenbahnen aufzuerlegende Quantum der unentgeltlichen Packetbeförderung nicht noch weiterhin zu ermäßigen. Wir alle wünschen, daß auch Baiern und Württemberg sich unserer Postverwaltung anschließen. Glauben Sie denn, daß Bayern und Württemberg so bereitwillig sich der Reichspostverwaltung anschließen und deren Staatseisenbahnverwaltungen so leicht auf Alles verzichten werden, wenn wir jetzt den Eisenbahnen so bedeutende unentgeltliche Leistungen für die Post auferlegen. Der Abgeordnete von Minnigerode hat dann gesagt, es sei unmöglich, daß wir auf eine so bedeutende Verminderung unserer Einnahme aus der Post-Verwaltung verzichten konnten. Der Netto Ueberschuß, der von Jahr zu Jahr bis zum letzten Jahre, das Jahr 1874 ausgenommen, gewachsen ist beträgt im Durchschnitt 11 Millionen Mark. Wenn wir nun den Eisenbahnen, die ein mindestes ebenso wichtiges Verkehrsinstitut sind, 1⅓ Millionen bei 5 Kilogrammpacketen zukommen lassen, dann glaube ich wahrlich nicht, daß die Reichsfinanzen dadurch in eine bedenkliche Lage kommen werden. Der Abg. Grumbrecht will die Reichspostverwaltung keine gewerbetreibende, sondern eine Reichsanstalt genannt wissen. Ich gebe dies zu, aber hat denn eine solche Reichsanstalt die Verpflichtung, so bedeutende Ueberschüsse abzuliefern? Wenn eine solche Reichsanstalt unentgeltliche Leistungen der Eisenbahnen in so bedeutendem Maße in Anspruch nimmt, dann darf sie nur thun, wenn sie sagt: ich arbeite unentgeltlich; liefert sie aber Ueberschüsse, dann kann die andere Seite auf eine angemessene Entschädigung Anspruch machen. Der Regierungskommissar hat dann dem Kommissionsvorschlage bezüglich der Packete von 2 Kilo gesagt, daß die Packete dadurch getheilt würden, daß also die Postverwaltung die Hälfte der Packete unentgeltlich befördert bekäme, während sie für die andere Hälfte Bezahlung an die Eisenbahnen leiste. Es ist richtig, daß der von der Kommission adoptirte Vorschlag auf der Voraussetzung beruht, daß die Zahl der Packete bis zu 2 Kilo die Hälfte der Gesammtzahl ausmacht. Dem gegenüber hat der Herr Regierungskommissar hervorgehoben, daß nach dem Gewicht nur ⅐ sämmtlicher Packete durch diejenigen bis zu 2 Kilo repräsentirt wird. Ich gebe dies zu, muß aber daran erinnern, daß die Post nicht Zahlung empfängt auf Grund des Gewichts, sondern der Stückzahl. Der Bundeskommissar hat es sodann für unwahrscheinlich gehalten, daß die Eisenbahnen, nachdem sie die hier beabsichtigte Vergünstigung erhalten, sich zu einer Tarifermäßigung herbeilassen werden. Ich weiß das freilich auch nicht, aber was ist natürlicher, als daß die Eisenbahnverwaltung, zwischen die Klammern genommen, die unentgeltlichen Leistungen für die Post auf Handel und Industrie abzuwälzen sucht. Es ist mir sehr angenehm gewesen, von dem Bundeskommissar eine Erläuterung über die Denkschrift zu erhalten. Derselben gegenüber muß ich an die Thatsache erinnern, daß mir und den übrigen Kommissionsmitgliedern das betreffende Schriftstück am vorigen Freitag zugegangen ist, an welchem Tage Abends erst der Bericht der Kommission festgestellt wurde. Es war den Delegirten des Bundesrathes durchaus unbenommen, die hier in Frage stehenden Mittheilungen in der Sitzung, wo der Bericht gelesen und festgestellt wurde, vorzubringen, damit die Kommission Gelegenheit hatte, die betreffenden Zahlen noch in den Bericht mit aufzunehmen. Das ist aber nicht geschehen. Um so mehr aber bin ich erstaunt gewesen, am folgenden Morgen in Zeitungen, von denen ich annehmen muß, daß sie der Postverwaltung nahe stehen, den Wortlaut des betreffenden Schriftstückes zu finden. Man muß also denselben früher festgestellt haben, als das Plenum sich damit beschäftigen konnte. Dann hat der Generalpostdirektor eine Erklärung in Bezug auf Packete bis zu fünf Kilo abgegeben und gesagt, daß es durchaus nicht in seiner Absicht liege, daß zum Nachtheil der Eisenbahnen diese Fünf-Kilopackete eine ungemessene Ausdehnung gewinnen sollen. Ich will an dieser Absicht des Generalpostdirektors nicht zweifeln, aber wenn ein Gesetz vorliegt, welches dem Handelsstande das Recht giebt, 5 Kilo-Packete in ungemessener Zahl der Post zu übergeben, dann möchten alle seine frommen Wünsche nichts helfen. Es ist bekannt, in welcher exorbitanten Weise 5-Kilo-Packete zur Beförderung übergeben werden: Butter, Zigarren, Früchte rc. werden so verschickt, was unvermeidlich ist, wenn die Post zum vierten Theil des Bahneilfrachtsatzes transportirt. Der Vorsitzende unserer Kommission, der dort freilich mit der Mehrheit stimmte, hat heute als Finanz-Autorität erklärt, daß das Reich nicht den Ausfall ertragen könne. Ich glaube vorhin das Gegentheil nachgewiesen zu haben. Herr Widthorst endlich hat gemeint, wir hätten nicht tabula rasa, weshalb ein beiden Theilen annehmbarer Ausweg gefunden werden müsse. Meine Herren, der Kommissionsvorschlag ist ein solcher. Ich kann Sie nur bitten, demselben zuzustimmen, ev. aber das Amendement mit Paristus anzunehmen.

Bei der Abstimmung werden die auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage in den beiden wichtigsten Punkten gerichteten Anträge von Graf Kleist und Grumbrecht angenommen, also 10 Kilogramm als Grenze für unentgeltliche Beförderung von Postgütern fixirt und der Schlußsatz, den die Kommission gestrichen hatte, wiederhergestellt. Für die 2 Kilogramm stimmt fast nur die Fortschrittspartei.

Die Art. 3–5, welche sich auf die Vertretung der Postwagen durch Eisenbahnwagen auf die unentgeltliche Beförderung von Briefbeuteln durch das Zugpersonal, auf die Einstellung mehrer Postwagen in einen Zug beziehen, werden ohne Diskussion in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse genehmigt.

Art. 6 lautet: Die für den regelmäßigen Dienst erforderlichen Eisenbahnpostwagen werden für Rechnung der Postverwaltung beschafft. Die Eisenbahn-Verwaltungen sind verbunden, die Unterhaltung, äußere Reinigung, das Schmieren und das Ein- und Ausrangiren dieser Wagen gegen eine den Selbstkosten entsprechende Vergütung zu bewirken. Wenn die im regelmäßigen Dienst befindlichen Eisenbahn-Postwagen während des Stilllagerns auf den Bahnhöfen der Endstationen im Freien stehen bleiben, so ist dafür eine Vergütung nicht zu zahlen. Letzteres gilt auch für die Plätze auf den Bahnhöfen, welche der Postverwaltung zur Aufbewahrung der Perronwagen und sonstigen Geräthschaften für das Verladungsgeschäft angewiesen werden. Unbeladene Postwagen sind gegen Erstattung der für Eisenbahn Güterwagen tarifmäßig zu entrichtenden Frachtgebühr zu befördern. Für die Beförderung zur Eisenbahn-Reparatur-Werkstatt und zurück findet eine Vergütung nicht statt. Wenn Eisenbahnpostwagen beschädigt oder laufunfähig werden, sind die Eisenbahn-Verwaltungen gehalten, der Postverwaltung geeignete Güterwagen zur Aushülfe zu überlassen. Für diese Güterwagen hat die Postverwaltung die nämliche Miethe zu bezahlen, welche die betreffende Eisenbahn-Verwaltung im Verkehr mit benachbarten Bahnen für Benutzung fremder Wagen von gleicher Beschaffenheit entrichtet. Die gleiche Verpflichtung liegt den Eisenbahn-Verwaltungen ob, wenn die theilweise von der Post benutzten Eisenbahnwagen (Art. 3) laufunfähig werden; jedoch darf der Postverwaltung außer der laufenden Miethe für solche Wagen eine Entschädigung für die Ersatzwagen nicht in Anrechnung gebracht werden.

Abg. Grumbrecht beantragt 1) in dem vierten Absatz hinter dem Worte „sind" einzuschalten: auf denjenigen Bahnlinien, für welche sie bestimmt sind, unentgeltlich, auf anderen Bahnlinien." — 2) Den beiden letzten Absätzen des Artikels folgende Fassung zu geben: „Wenn Eisenbahnpostwagen beschädigt oder laufunfähig werden, so sind die Eisenbahnverwaltungen gehalten, der Postverwaltung geeignete Güterwagen zur Aushülfe zu überlassen. Für diese Güterwagen hat u. s. w. bis entrichtet" (wie in den Kommissionsbeschlüssen). „Desgleichen sind die theilweise von der Post benutzten Eisenbahnwagen (Artikel 3), wenn sie laufunfähig werden, von den Eisenbahnverwaltungen auf ihre Kosten durch andere zu ersetzen." Redner sagt: Das erste Amendement ist die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, für deren Abänderung durch die Kommission in diesem Punkt ich einen hinlänglichen Grund nicht finden konnte. Der Antrag sub Nr. 2 ist lediglich eine redaktionelle Verbesserung.

Nachdem der Generalpostdirektor Stephan sich mit dem Amendement in seinen beiden Theilen einverstanden erklärt hat, wird dasselbe sub Nr. 1 vom Hause abgelehnt, sub Nr. 2 dagegen und mit dieser Modifikation Art. 6 angenommen. — Art. 7 (Verpflichtung der Bahnen, bei der Errichtung neuer Bahnhöfe oder Stationsgebäude der Post die erforderlichen Diensträume zur Verfügung zu halten) wird ohne Debatte angenommen.

Art. 8 (Regreßpflicht der Post aus dem Haftpflichtsgesetz gegenüber den Eisenbahnen) veranlaßt eine umständliche Debatte, die jedoch wegen einer äußerlichen Störung unterbrochen werden muß. Gegen 3¾ Uhr war die Gasbeleuchtung über dem Glasdache des Saales hergestellt worden, als man in der Umgebung des Bureau's, in dessen Mitte Präsident v. Forckenbeck seinen Sitz einnahm, einige Unruhe bemerkte; dann hörte man wiederholte Axtschläge gegen die äußere Wand des Saales, so daß die Redner nicht recht wußten, ob sie fortfahren oder sich der Unterbrechung fügen sollten. Der Präsident bemerkte zuerst, daß es sich nur um eine vorübergehende äußere Störung handle, wollte dann, als die Schläge sich wiederholten, die Sitzung auf 10 Minuten unterbrechen, sah sich aber schließlich genöthigt sie völlig aufzugeben. Auf den Tribünen war das Gerücht verbreitet, daß Feuer im Hause ausgebrochen sei und zwar daß das Dach brenne, auch meldeten die Diener im Hause, daß bereits Feuerwehr mit einigen Spritzen aufgefahren sei. In Wahrheit hatte eine Lampe, die in dem Korridor brennt, durch welchen die Minister in den Saal eintreten, die hinter ihr befindliche Holzbekleidung entzündet, so daß sie heruntergeschlagen werden mußte. Verschiedene Hausbeamte hatten Rauch bemerkt und auch auf der Estrade des Präsidenten spürte man den brennzlichen Geruch. Zur Bekämpfung der hellen Flammen diente zunächst das Glas Wasser, das auf dem Tisch des Präsidenten steht und das Uebrige thaten einige Axtschläge. Um nicht zu beunruhigen, sprach der Präsident nur von einer äußeren Störung und zum Glück waren die Tribünen ziemlich leer, so daß selbst im Falle der Noth die Räumung und Entleerung derselben sich leicht vollzogen hätte. Der Präsident zog es aber vor, die Sitzung zu schließen, weil sich im Moment nicht übersehen ließ, ob die gewaltsame Entfernung der entzündeten Holzbekleidung, die unmittelbar an den Boden der Tribüne anstößt, nicht größere Dimensionen werde annehmen müssen. Fürst Bismarck war noch spät in die Sitzung gekommen und daher Zeuge dieses Zwischenfalls.

Schluß gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Novelle zum Strafgesetz, Postgesetz.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. Dezember.

r. **In der Stadtverordnetensitzung** am 2. d. M. waren 30 Mitglieder anwesend. Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister Kohleis, den Bürgermeister Herse, und die Stadträthe Annuß, v. Chlebowski, L. Jaffe, Kaatz, Dr. Loppe, Rump, Stenzel. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Justizrath Pilet, einige geschäftliche Mittheilungen. Die außeretatsmäßigen Ausgaben betragen nach einer Benachrichtigung seitens des Magistrats in der Zeit vom 1. Januar bis 30. November d. J. 9763 M. — Der Direktor der städtischen Realschule, Dr. Geist, hat an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Gründe des Sinkens der Schülerzahl an dieser Anstalt erörtert und die städtischen Behörden ersucht, der Anstalt auch fernerhin ihr Wohlwollen zu gewähren. — Apotheker, Medizinalassessor Reimann, lenkt hierauf die Aufmerksamkeit der Versammlung auf eine Karaffe mit Wasser, und knüpft daran folgende Mittheilung: der Versuchsbrunnen auf der Bernhardinerwiese, welcher im laufenden Jahre angelegt wurde, und der eine Tiefe von c. 20 Fuß besitzt, habe kein günstiges Resultat ergeben, indem das Wasser nicht von guter Qualität sei. Professor Dr. Szafarkiewicz habe nun an verschiedenen Stellen der Wiese abessinische Pumpen von verschiedener Tiefe anlegen lassen, und hierbei habe sich ergeben, daß Pumpen bis zu 25 Fuß Tiefe ein ungenießbares Wasser mit starkem Eisengehalte ergeben, während Pumpen bis zu 10 Fuß Tiefe ein vorzügliches Wasser liefern, welches sich nach der chemischen Untersuchung als sehr weich und fast vollkommen frei von organischen Bestandtheilen herausgestellt habe, so daß demnach ein derartiges Wasser allen Anforderungen entspreche. Die vorgezeigte Probe war aus einem solchen Brunnen entnommen, und zeichnete sich schon äußerlich durch vollkommene Klarheit und weiße Farbe aus. — Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten, und zunächst in der Berathung über die städtischen Etats pro 1876, welche in der Sitzung am 24. v. M. begonnen, fortgefahren.

Ueber das Resultat der Submissionen behufs Lieferung der erforderlichen Oekonomie- und Lebensbedürfnisse für die städtischen Armenanstalten hatte Kaufmann Sal. Löwinsohn bereits in der Versammlung am 24. v. M. berichtet, und war damals beschlossen worden, nur für die Gruppe Fleisch den Zuschlag zu ertheilen, dagegen den Magistrat zu ersuchen, für die Gruppe Brod und Semmel unter denjenigen Bäckermeistern, die sich beworben hatten, nochmals eine Lizitation zu veranstalten; es war ferner beschlossen worden, das Resultat der Submission für die übrigen Gruppen zunächst der Finanzkommission zu überweisen. Im Namen der letzteren berichtet nunmehr nochmals Kaufmann Sal. Löwinsohn, und wird gemäß dem Antrage der Kommission der Zuschlag ertheilt. Die einzelnen Gruppen, welche hierbei in Betracht kommen, sind: Brod und Semmel, Fleisch, Kaffee nebst Zucker und Reis rc., Mehl nebst Gries, Grütze, Kartoffeln rc. Salz, Butter, Milch, Bier, Stroh, Seife nebst Beleuchtungsmaterial rc., Tuch. Die Submissionen haben das erfreuliche Resultat ergeben, daß, während pro 1875 die Summe für die genannten Bedürfnisse 37,974 M. beträgt, pro 1876 diese Summe sich auf 32,429 M. reduzirt.

Ueber die Feststellung des Etats für das städtische Krankenhaus und Hospital, sowie für die städtische Waisenpflege pro 1876 berichtet hierauf Kommerzienrath B. Jaffé.

Es wird alsdann in der Berathung der Etats der städtischen Schulen fortgefahren, nachdem der Etat der städtischen Realschule bereits in der Sitzung am 24. v. M. festgestellt worden war. Im Etat der Mittelschule vermindert sich der Zuschuß aus der Kämmereikasse wegen der größeren Schülerzahl von 35,350 M. pro 1875 auf 34,316 M. pro 1876. Rektor Gericke rückt in die Stelle, welche bisher der jetzige Reg.- und Provinzial-Schulrath Hielscher inne gehabt, mit einem Gehalte von 3600 M. und freier Wohnung zum Werthe von 750 M. ein. Die Stelle des ersten Lehrers an der Mittelschule, welche bisher Rektor Gericke bekleidet hat, bleibt zunächst unbesetzt, und wird dafür ein neuer Hilfslehrer eintreten. Mehrere Lehrer an der Anstalt rücken gemäß der Gehaltsskala auf. Bei dieser Gelegenheit verliest Buchhändler Türk ein Schreiben des früheren Rektors Hielscher, in welchem derselbe von seiner Ernennung zum Reg.- und Schulrathe in Arnsberg dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung Anzeige macht und seinen Dank für das, ihm während seiner früheren Stellung im hiesigen städtischen Dienste seitens der städtischen Behörden geschenkte Vertrauen ausspricht. Mit der Wahl des Rektors Gericke zum Dirigenten der Mittelschule erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Ueber den Etat der städtischen Bürgerschule berichtet Kaufmann Sal. Briske, und theilt dabei mit, daß sämmtliche Lehrer der Bürgerschule an die städtischen Behörden das Ansuchen gerichtet haben, den Wohnungsgeldzuschuß von bisher 100 Thlr. auf 144 Thlr. (432 M.), wie er den städtischen Bureau- und Kassenbeamten gewährt werde, zu erhöhen; Magistrat habe aus der Finanzlage der Stadt jedoch keine Veranlassung genommen, dieses Gesuch zu berücksichtigen. Auch die Versammlung geht auf dieses Gesuch nicht weiter ein. Dem Pedell werden an Remuneration für Vereinigung des Nebenschulhauses auf der Schulstraße statt bisher 90: 140 M. bewilligt. — Ueber die Etats der 3 Stadtschulen berichtet Kommerzienrath S. Jaffé. Auch hier, wie bei der Bürgerschule, erhöhen sich die Gehälter einiger Lehrer auf Grund der Gehaltsskala; ebenso wird die Anstellung einiger neuer Lehrkräfte in Folge der Zunahme der Schülerzahl erforderlich. Es giebt dies der Versammlung Veranlassung, den Magistrat zu ersuchen, eine Norm dafür aufzustellen, wie viele Schüler höchstens in einer Klasse von einem Lehrer unterrichtet werden könnten. Das Gesuch der Lehrer um Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses von 100 auf 144 Thlr. ist gleichfalls vom Magistrate nicht berücksichtigt worden.

Die übrigen städtischen Etats: für den städtischen Marstall, den Hundesteuerfonds, den Theaterfonds, die Stadtschulden-Verwaltung, die Sparkasse, Pfandleihkasse, Gasanstalt, Wasserwerke und Kämmereikasse pro 1876 sind noch nicht genügend vorberathen und wird demnach die Feststellung derselben für die nächste Sitzung vertagt.

Ueber die Wahl von 4 Mitgliedern für das gewerbliche Schiedsgericht berichtet Buchhändler Türk und werden demgemäß 4 Arbeitsnehmer zu Mitgliedern gewählt.

In Betr. der Verabfolgung von Wasser zur Spülung der in ihren Häusern befindlichen Klosetanlagen theilt Rentier Gerstel mit, daß mehrere Hausbesitzer an die Direktion der Gasanstalt und Wasserwerke das Ansuchen gerichtet haben, ihnen in ihren Neubauten das Wasser zu dem genannten Zwecke zu verabfolgen; dieselben seien jedoch von der Direktion abschläglich beschieden worden, ebenso vom Magistrate, da ihnen im Baukonsense die Erlaubniß zur Anlegung von Klosets nicht gewährt worden sei. Diese Hausbesitzer haben sich nunmehr mit ihrem Gesuch an die Versammlung gewendet. Steuerrath Neukranz beantragt, den betr. Hausbesitzern, da deren neue Häuser bereits bewohnt seien, das Wasser zu dem genannten Zwecke wenigstens bis dahin zu verabfolgen, wo die Witterung es ihnen gestatten werde, statt der Klosetanlagen andere Einrichtungen zu treffen, bei denen das Spülen mit Wasser nicht nöthig sei. Doch findet dieser Antrag keine Unterstützung, und erachtet damit die Versammlung diese Angelegenheit für erledigt.

Ueber den Neubau des hiesigen Stadttheaters referirt im Namen der Kommission, welche in der Sitzung am 17. v. M. zur Erwägung des Antrages in Betr. des Theaterbaus gewählt worden war, Kommerzienrath B. Jaffe. Derselbe führt zunächst Dasjenige an, was gegen den Neubau des Theaters geltend gemacht worden sei: es wurden durch das Theater gegenwärtig ethische und ästhetische Interessen nicht gefördert, so daß die Stadt keine Veranlassung habe, für ein derartiges Institut Mittel aufzuwenden; genug wenn sie bei ihrer beschränkten Finanzlage das Schulwesen und da,

Fortbildungs-Schulwesen in dem Maße fördere, wie dies wirklich geschehe. Ueberdies würden zum Bau des Theaters zahlreiche Einwohner unserer Stadt mit besteuert werden, die von demselben gar Nichts hätten; es möge demnach der Theaterbau noch auf Jahre vertagt werden. Von anderer Seite dagegen sei geltend gemacht worden, daß es zu den Obliegenheiten der Kommune gehöre, auch für ein Stadttheater zu sorgen, zumal die Finanzlage der Stadt nicht so ungünstig sei, als dies vielfach dargestellt werde. Was die Finanzfrage betrifft, auf die es hierbei vor Allem ankomme, so habe der Bestand aus dem Darlehen des Reichsinvalidenfonds am 27 November d. J 499,790 Thlr. betragen; dazu kämen 23,000 Thlr. Brückenbaufonds, 2000 Thlr. Theater-Baufonds; auch würden aus dem Reservefonds der Sparkasse wohl 60,000 Thlr. bewilligt werden, so daß demnach ca. 580,000 Thlr. disponibel seien. Diesem Betrage stehen gegenüber: 400,000 Thlr. für die Kanalisation, die jedoch wohl mit 330,000 Thlr. ausgeführt werden könne, 55 000 Thlr. für den Schulhausbau, 80 000 Thaler für den Brückenbau, 40,000 Thaler für den Theaterbau, 30 bis 35,000 Thlr. für die Erweiterung des Krankenhauses, im Ganzen also gleichfalls ca. 580,000 Thlr. Redner führt nun weiter aus, was die Kommune Posen während der letzten Jahre in Betr. des Schulwesens geleistet habe und wie man mit Befriedigung auf diese Leistungen hinblicken könne. Zu den direkten Steuern, welche in diesem Jahre nach Abschaffung der staatlichen Mahl- und Schlachtsteuer eingeführt worden seien, würden von 1878 unzweifelhaft noch andere direkte Steuern in Höhe von ca. 80,000 Thlr. treten, indem von da ab wohl die Schlachtsteuer, welche gegenwärtig die Kommune Posen noch als Kommunalsteuer fortbeziehe, in Wegfall kommen würde. Doch würden unzweifelhaft die Gewerbsverhältnisse sich bessern, so daß diese Lasten nicht zu schwer werden würden. Ueberdies würden sich in dem neuen Theater Läden anbringen lassen, so daß dadurch eine jährliche Einnahme von 2500 Thaler erzielt werden könnte. In Anbetracht dessen nun, daß die Kommune Posen die Aufgabe habe, auch für ein Stadttheater zu sorgen, auch die Anleihe aus dem Reichsinvalidenfonds zum Theil zu dem Theaterbau aufgenommen worden sei, empfehle die Kommission der Versammlung den Bau des Theaters, unter der Voraussetzung, daß der Kaiser zu dem angegebenen Zwecke 60,000 Thlr. bewillige. — Rechtsanwalt **Mützel** erklärt, daß ihn die Ausführungen des Vorredners durchaus nicht beruhigt hätten. Zunächst bestreite er, daß die Kommune an und für sich die Verpflichtung habe, ein Stadttheater zu bauen; doch würde er unter Bedingungen, beim Drängen der Bürgerschaft, für den Theaterbau sein. Die Finanzlage der Stadt sei gegenwärtig allerdings nicht ungünstig; doch würde sie unzweifelhaft in den nächsten Jahren sich verschlechtern, indem dann die Schlachtsteuer in Wegfall kommen und an deren Stelle eine erhöhte Einkommensteuer treten werde; auch werde unzweifelhaft die kgl. Regierung es nicht für immer gestatten, daß der Inhalt der Kanalleitungen in die Warthe geführt werde, so daß dann auf's Neue kostspielige Einrichtungen im Anschluß an die Kanalisation getroffen werden müßten. Bei der Aufstellung seitens des Vorredners sei der Reservefonds der Sparkasse mit in Betracht gezogen worden; jedenfalls werde es sich nicht empfehlen, diesen anzugreifen, da derselbe zu anderen Zwecken, als zu einem Theaterbau, bestimmt sei. Er beantrage demnach Uebergang zur Tagesordnung. Dieser Antrag findet die erforderliche Unterstützung. Rechtsanwalt **Orgler** bezeichnet als schwächsten Punkt in der vorliegenden Frage den Finanzpunkt, und erklärt, er rechne nicht auf den Reservefonds der Sparkasse, ebenso wenig auf Ersparnisse bei der Kanalisation oder auf eine etwaige Weitererhebung der Schlachtsteuer. Trotz dieser mißlichen Verhältnisse sei er dafür, daß für den Theaterbau 40,000 Thlr. bewilligt würden, da 2000 Thlr. jährliche Zinsen nicht in Betracht kommen könnten, überdies bei der Aufnahme des Darlehens aus dem Reichsinvalidenfond von der Voraussetzung ausgegangen sei, daß ein Stadttheater gebaut werden würde. — Bankdirektor Dr. **Rakowicz** erklärt, er müsse als Pole sich gegen den Theaterbau auf Kosten der Kommune aussprechen, da bei der kaiserlichen Schenkung von 40.000 Thlr. die ausdrückliche Bestimmung getroffen sei, daß nur Vorstellungen in deutscher Sprache in dem neuen Theater gegeben werden dürfen, und zu Vorstellungen in anderen Sprachen die Genehmigung des Oberpräsidenten erforderlich sei. Auch viele deutsche Bürger theilten aus Billigkeitsrücksichten seine Ansicht. Ueberdies werde durch die obige Klausel die Stadt in ihrem Eigenthumsrecht in Betreff des Stadttheaters beschränkt. Wenn gesagt worden sei, die Läden im Theater sollten 2500 Thlr. jährlich eintragen, so werde wohl ebenso viel die Feuerversicherungsprämie betragen. Jedenfalls dürfe ein Theaterbau seitens der Stadt Posen erst dann ausgeführt werden, wenn alle übrigen nothwendigen Bauten zur Ausführung gelangt seien. — Justizrath **Tschuschke** erklärt sich gegen den Theaterbau als einen Luxusbau und spricht die Ueberzeugung aus, daß wenn der Beschluß in der Weise, wie es die Finanzkommission befürwortet habe, gefaßt werde, noch lange kein Theaterbau zu Stande kommen werde. Was die Anleihe aus dem Reichs-Invalidenfonds betreffe, so sei die Stadt in Betreff der Verwendung derselben nicht gebunden. Die vorher erwähnten großen städtischen Bauten würden sicher mehr, nicht weniger kosten, als nach dem Anschlage vorausgesetzt sei. Die Versammlung möge handeln wie ein guter Hausvater, und erst für das Notwendige sorgen. — Steuerrath **Neukranz** führt aus, daß für 100,000 Thaler ein Stadttheater, welches gleichzeitig der Stadt einen Miethsertrag für Läden einbringen solle, nicht zu bauen sei, und daß in dem Magistratsprojekte für 99,000 Thlr., welches den Verhandlungen zu Grunde gelegt werde, es an allen Nebenräumen fehlen werde. Er beantrage demnach, die Versammlung möge die Bausumme von 120,000 Thlr. festsetzen, und sich für die Anlegung von Läden und Konditorei ꝛc. in dem neuen Theater aussprechen, und da sich aus dem Verkauf des Koulissenhauses ein Erlös von ca. 10,000 Thlr. ergeben werde, so werde demnach die Stadt nur noch 50 000 Thlr. zuzuschießen haben. — Dr. **Brieger** beantragt, da die Zeit schon bedeutend vorgeschritten, und eine gründliche Spezialdebatte doch erforderlich sei, **Vertagung** bis zur nächsten Sitzung; doch findet dieser Antrag nicht die erforderliche Unterstützung. Dagegen wird ein Antrag des Posthalters **Gerlach** auf namentliche Abstimmung angenommen. Es gelangen hierauf folgende, von der Kommission gestellte Anträge zur namentlichen Abstimmung: I. Es soll ein Theaterbau in der Hoffnung, daß eine Summe von 60 000 Thlr. Seitens des Kaisers in Gnaden gewährt wird, bewirkt werden. II. Seitens der Stadtgemeinde wird sodann für diesen Zweck ein Baarbetrag von 40,000 Thlr., das bisherige Stadttheater Gebäude sowie der Erlös für das sammt Grund und Boden zu veräußernde Koulissenhaus bestimmt. III. Die Projektirung, sowie Ausführung des Baues wird dem Magistrat und einer von der Stadtverordneten-Versammlung für diesen Zweck zu wählenden Kommission übertragen. — Zunächst wird der erste dieser Anträge mit 24 gegen 6 Stimmen angenommen. Gegen denselben stimmen: Rechtsanwalt **Mützel**, Kaufmann **Rakowski**, Bankdirektor Dr. **Rakowicz**, Rentier **Rehfeld**, Justizrath **Tschuschke**, Buchhändler **Türk**. Alsdann wird der obige Antrag des Steuerraths **Neukranz** mit 23 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die Anträge zwei und drei der Kommission werden schließlich mit 23 gegen 6 Stimmen (Töpfermeister **Kaminski**, Rechtsanwalt Mützel, Kaufmann Rakowski, Bankdirektor Dr. Rakowicz, Rentier Rehfeld, Buchhändler Türk) angenommen; Justizrath **Tschuschke** enthält sich der Abstimmung. In die Kommission werden gewählt: Kommerzienrath B. **Jaffe**, Zimmermeister **Feckert**, Steuerrath **Neukranz**, Maurermeister **Hesselbein**, Dr. **Brieger**, Kaufmann W. **Kronthal**, Kommerzienrath **Cohn** Der Kommission werden für die nöthigen Vorarbeiten 250 Thlr. überwiesen.

✗ **Verhaftet** wurde gestern Nachmittags ein hiesiger Koch, weil er sich bei einem Konditor auf der Breslauerstraße eines Hausfriedensbruchs schuldig gemacht und dabei eine Glasscheibe absichtlich zerschlagen hat.

✗ **Diebstähle.** Gestohlen wurden vor einiger Zeit aus einem Magazin der Oberschles. Eisenbahn von einem Kleiderrechen zweien Eisenbahnarbeitern ein brauner wattirter und mit schwarzem Stoff gefütterter, mit Seide gesteppter Ueberzieher und ein brauner Ueberzieher aus glattem Stoffe, letzterer an beiden Taschen im Futter stark geflickt. — Die einem hiesigen Klempnermeister auf der Kl. Gerberstraße vor einiger Zeit gestohlenen beiden Ringe sind ermittelt worden. — Ein Schlosser von der St. Martinstraße entwendete gestern von offenem Güterboden der Posen-Kreuzburger Bahn 7 Feilen im Werthe von zusammen 20 Mark. — Eine Arbeiterfrau entriß am 1. d. Mts. auf der Judenstraße einem erwachsenen Mädchen eine Muffe und ein Quittungsbuch.

— **Polizei-Bericht.** Gefunden: ein Rohrstock mit Krücke in Form eines Pferdefußes in Droschke 72 von Albert Woyt, Berlinerstraße 28 bei Herbst. Verloren: ein Janottenpelzkragen von Graben bis Sandstraße, Frau Dr. Freudenreich, Graben; ein Marder-Pelzkragen von Wilhelmsstraße bis Büttelstraße 18, Beischon; ein grünes Portemonnaie mit 4 Thlr. sowie etwas Kleingeld. In demselben befand sich ein Billet passe partout für Lamberts Salon für Familie Jänicke, und außerdem ein kleines Trennmesser.

Bromberg, 2 Dezember. [Max Piotrowski †] Nach längerem Leiden verstarb in Königsberg an einer akuten Leberkrankheit der Professor der dortigen Kunstakademie Max Piotrowski, unser Landsmann. Heute Vormittag trafen die sterblichen Ueberreste hier ein und sind in größter Stille auf dem hiesigen katholischen Kirchhofe beigesetzt worden. Der Verstorbene war ein Schüler des hiesigen und später des Gymnasiums in Kulm, worauf er nach Berlin ging, um Theologie zu studiren. Seine große Neigung für die Malerei, worin er schon in der Schule besondere Anlage zeigte, bestimmte seine Eltern seinen dahinzielenden Wünschen nachzugeben. Seine ersten Studien machte er in Berlin unter Hensel und Schadow, ging dann nach München, Düsseldorf und später nach Rom. Demnächst folgte er dem Ruf als Lehrer an der Malerakademie in Königsberg in Pr., welche Stelle er als stellvertretender Direktor und allgemein geachteter und beliebter Künstler einnahm. In Bromberg zieren seine Altarbilder in der Pfarrsowie in der Jesuitenkirche die Hauptaltäre. Der verstorbene Ober-Konsistorialrath D Romberg hatte Piotrowski als Bromberger auch aufgefordert, für die neu zu bauende evangelische Kirche ein Altarbild zu liefern, wofür der Künstler bereits Skizzen entworfen hatte. Die „K. H. Z." widmet ihm folgende Worte: Der Künstler hat der hiesigen Akademie volle 26 Jahre lang, seine Kräfte als Lehrer und Vorbild gewidmet; er leitete die Antikenklasse. Von seiner schöpferischen Thätigkeit giebt eine Reihe vortrefflicher Werke Zeugniß. (Br. Z.)

Gnesen, 3. Dezember. [Zu den Stadtverordnetenwahlen. Obligatorische Fleischschau.] Zum Mittwoch, den 1. d. Mts., Abends 6 Uhr, hatten die Herren Ellerbeck, Dr. Langiewicz, Hübner und Heilbronn die wahlberechtigten Bürger unserer Stadt zu einer Stadtverordneten-Vorwahl im Hotel du Nord eingeladen. Zu derselben waren gegen 200 Personen erschienen, welche Herrn Justizrath Ellerbeck zum Vorsitzenden wählten. Derselbe theilte zunächst mit, daß mit Ablauf dieses Jahres aus der hiesigen Stadtverordnetenversammlung 5 Mitglieder ausscheiden und zwar der Stadtverordnetenvorsteher Herr v. Kuczkowski und die Herren Boeder, Schröder, Tyrocke und Wittkowski. Sodann eröffnete der Vorsitzende die Diskussion. Nachdem Herr Propst Budziak in Vorschlag brachte, aus allen 3 Konfessionen Kommissionen zu wählen, welche die Wahlkandidaten aufstellen sollten, empfahl der Rittergutsbesitzer Herr Russak die ausscheidenden Stadtverordneten von Neuem zu wählen. Hierauf wollte der Herr Stadtrath Kubale andere Wahlkandidaten aufstellen und als er zuvor unsere jetzigen städtischen Verhältnisse, besonders den Konflikt der Majorität des Magistrats mit den Stadtverordneten näher beleuchtete; wobei manches Unangenehme berührt werden mußte, wurde der Redner von der einen Partei durch einen großen Tumult unterbrochen, der erst dann endete, als einige angesehenen polnischen Bürger durch mehrmaligen Ruf: „Polacy do domu" (die Polen nach Hause!) die Hälfte der erschienenen Bürger aus dem Saale nöthigten. Nachdem nun auch der Vorsitzende sein Amt niederlegte, wählten die zurückgebliebenen (deutschen) wahlberechtigten Bürger Herrn Stadtrath Kubale zum Vorsitzenden. Bei der größten Ruhe wurden nun als Wahlkandidaten aufgestellt: Herr Rentier Koralewski im III., die Herren Kreisthierärzte Baech und Kaufmann Witkowski im II. und die Herren Oberkontroleur v. Bibow und Baumeister Haesner im I. Wahlgange. Nachdem der Vorsitzende die noch anwesenden wahlberechtigten Bürger ermahnt hatte, an den Wahltagen Mann für Mann pünktlich zu erscheinen, wurde die Versammlung um 7½ Uhr geschlossen. Die Wähler der dritten Klasse wählen Donnerstag den 9. d. M. von 9 bis 12 Uhr, die der zweiten Freitag, den 10. d. M. Vorm. von 10 bis 12 Uhr und die der ersten Klasse denselben Tag Nachm. von 2 bis 4 Uhr. — In unserer Stadt ist mit dem 1 d. M auf Grund der Verfügung der kgl. Regierung zu Bromberg vom 2. Oktober d. J. die obligatorische Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen eingeführt. Als Fleischbeschauer sind die Herren Dr med. Kugler, Dr. med. Paradies, Rentier O. Bollmann, Rentier Kremling und Barbier Otto konzessionirt.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Von den bei Ed. Hallberger in Stuttgart erscheinenden ausgewählten **Romanen Karl Spindlers** sind die Lieferungen 19/24. ausgegeben worden. Dieselben enthalten den Schluß des Romanes „Der Jesuit" und den Anfang von „Die Nonne von Gnadenzell." Jedes Heft kostet 40 Pf.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Verein deutscher Eisenbahn-Verwaltungen.** Die in der letzten Generalversammlung des Vereins Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, abgehalten zu Bremen vom 2. bis 4. August d. J. gefaßten Beschlüsse sind jetzt zur Kenntniß der sämmtlichen Verwaltungen gebracht worden, worauf diese den statutarischen Bestimmungen entsprechend ihre Entschließung der geschäftsführenden Direktion notifizirt haben. Hiernach sind folgende Beschlüsse definitiv: 1) Der Berechnung aller Frachten ist fortab stets nur die Gewichtseinheit von 100 Kilogramm (unter Abrundung der Sätze auf zwei Dezimalen) zu Grunde zu legen. 2) Das neue Vereinskarten-Reglement soll am 1. Januar künftigen Jahres in Kraft treten. 3) Für die Bezeichnung der Wagen mit Eigengewicht und Tragfähigkeit ist als Einheit das Kilogramm („K.") anzunehmen. Gegen die Bestimmung, daß die Nachnahme-Provision nur ⅙ pCt. betragen soll, haben sich zehn Bahn-Verwaltungen erklärt; dagegen ist die Proposition, daß fortab zur Rechtskraft der Beschlüsse der General-Versammlungen eine Majorität von ⁸⁄₁₀ aller Stimmen genügen soll, angenommen worden. Es hat daher endlich aufgehört, daß der Widerspruch auch nur einer Verwaltung die Ausführung eines Beschlusses verhindert.

** **Wien**, 2. Dezember. An der heutigen Börse wurde von Seiten der Kreditanstalt bekannt gegeben, daß gestern in Pest der Abschluß der ungarischen Rentenanleihe mit dem Konsortium Rothschild-Kreditanstalt erfolgt sei.

** **Wien**, 2 Dezember. Dem Konsortium Rothschild-Kreditanstalt, welches die 6-prozent. **ungarische Goldrente** negozirt hat, gehören die Berliner Diskontogesellschaft und das Bankhaus S. Bleichroeder an; auch die Gebr. v. Rothschild in Paris haben sich dieses Mal der Operation angeschlossen.

** **London**, 2. Dezember. Die **telegraphische Verbindung mit Ostindien** ist wieder hergestellt, es sind bereits mehrere gestern in Bombay und Kalkutta aufgegebene Telegramme hier eingetroffen.

** **Washington**, 1. Dezember. Die Staatsschuld der Vereinigten Staaten hat sich im Monat November um 480,078 Dollars verringert. Die Gesammtsumme der noch vorhandenen Staatsschuld beträgt demnach 2,117,917,132 Dollars.

Vermischtes.

* **Leipzig**, 30 November. [Im Schnee stecken geblieben.] In Folge des heftigen Schneegestöbers war der vorgestern Abend 6 Uhr 30 Minuten auf der Berlin Anhalter Bahn von hier abgelassene Personenzug, unweit der Station Rackwitz im Schnee stecken geblieben. Ebenso war der in der Regel früh 3 Uhr 45 Minuten auf der Staatsbahn hier eintreffende Schnellzug gestern früh zwischen hier und Gaschwitz festgefahren, so daß drei Lokomotiven nothwendig waren, um den Zug wieder flott zu machen. In Folge dieses Aufenthaltes traf der gedachte Zug 2 Stunden später hier ein, und der 4 Uhr 40 Minuten auf gedachter Bahn hier abgehende Personenzug hatte sich auf derselben Stelle festgefahren, so daß auch dieser mit Hilfe zweier Lokomotiven nur vorwärts gebracht werden konnte.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 3. Dezember. Im Reichstag findet die erste Berathung der **Strafgesetznovelle** statt. Der Justizminister vertheidigt die Vorlage, Lasker ist für die technisch-strafrechtlichen und gegen die politischen Bestimmungen. Bismarck betont, bei der Erörterung könne von einer gereizten Stimmung nicht die Rede sein, werde die Vorlage abgelehnt, so müsse man in den folgenden Sessionen darauf zurückkommen. Redner tritt besonders für die Bestimmungen gegen fahrlässige Beamte des auswärtigen Amtes ein und erklärt, er könne ohne diese verschärften Disziplinarbestimmungen die Verantwortung als auswärtiger Minister nicht tragen. Der Reichstag beschließt, die technisch-strafrechtlichen Bestimmungen an eine Kommission zu verweisen, die übrigen in zweiter und dritter Lesung im Plenum zu berathen.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Beilage.

Bekanntmachung.

Bei dem am 27, 28. und 29. Oktober cr. erfolgten öffentlichen Verkauf der in der hiesigen städtischen Pfandleihanstalt verfallenen Pfänder hat sich für mehrere Pfandschuldner ein Ueberschuß ergeben.

Die Eigenthümer der Pfandscheine Nr. 2481 bis Nr. 7912 werden hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis

zum 31. Dezember d. J.,

bei der hiesigen städt. Pfandleihkasse zu melden und den nach Berichtigung des empfangenen Darlehns und der bis zum Verkauf des Pfandes aufgelaufenen Zinsen und Kosten noch verbleibende Ueberschuß gegen Rückgabe des Pfandscheins und gegen Quittung in Empfang zu nehmen, widrigenfalls dieser Ueberschuß bestimmungsmäßig an die städt. Armenkasse abgegeben und der Pfandschein mit den darauf begründeten Rechten des Pfandschuldners für erloschen erachtet werden wird.

Posen, den 22. November 1875.

Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der **Posener Vorstadt Schrodka** unter **Nr. 46** belegene, den Anton und Marianna geb. Dykier **Idzkowiak**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 1800 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag
den 4. Januar 1876,
Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Königlichen Kreis-Gerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 8. October 1875.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastationsrichter.
Keyl.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Wyssogotowo** unter **Nr. 20** belegene, den Michael und Marianna geb. Kruk **Wieloch**schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächen-Inhalte von 19 Hektaren 71 Aren der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 129 Mk. 72 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 60 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der **nothwendigen Subhastation** am

Donnerstag
den 10. Februar 1876,
Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Königlichen Kreisgerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 30. November 1875.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
Keyl.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Posen auf der Vorstadt Wallischei unter Nr. **95** belegene, dem **Theophil Florkowski** gehörige Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 210 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag,
den 8. Februar 1876,
Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des hiesigen Königl. Kreis-Gerichts, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 18. November 1875.

Königliches Kreisgericht.
Der Subhastations-Richter.
gez. **Keyl.**

Bekanntmachung.

Die Eintragungen in unser Handels-Register werden im Jahre 1876 im Deutschen Reichsanzeiger, in der Berliner Börsen-Zeitung, in der

Posener Zeitung

und im Dziennik Poznanski zu Posen veröffentlicht werden.

Die auf die Führung des Handels-Registers sich beziehenden Geschäfte werden von dem Kreisgerichts-Direktor **Biernacki** als Richter und dem Kanzlei-Direktor **Freytag** als Sekretär bearbeitet.

Wreschen, den 26. November 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Die in unser Firmen-Register unter Nr. 54 eingetragene Firma:

„Lippmann Bruehl"

in Kosten ist erloschen.

Kosten, den 26. November 1875.

Königl. Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.

Berichtigung.

In der **Hanke**'schen Subhastations-Sache des Ritterguts **Jankowo** ist die Gesammtfläche desselben nicht mit einem Reinertrage von 2137,82 Rmk., sondern von 2137,82 Thlr. veranlagt, was hierdurch mit Bezug auf das Patent vom 15. November cr. zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Gnesen, den 1. Dezember 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
Der Subhastationsrichter.
Busse.

Die in unserm Firmen-Register unter Nr. 126 eingetragene Firma:

„Antonina v. Jaraczewska"

in Głuchowo ist erloschen.

Kosten, den 26. November 1875.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der am 7. Februar 1841 geborene Müllergeselle **Eduard Theodor Fliegner,** Sohn des Handelsmanns Carl Fliegner zu Dobrzyca, hat sich ungefähr im Jahre 1860 oder 1861 auf die Wanderschaft begeben. Im November und Dezember 1864 hat er sich in Schneidemühl befunden und vom dortigen Magistrat am 6. Dezemb. 1864 ein Visum nach Deutsch-Crone erhalten. Dort ist er nicht angelangt, hat auch seit gedachter Zeit keine Nachricht mehr von sich gegeben.

Alle Recherchen nach seinem Leben und Aufenthalte sind bisher fruchtlos gewesen. Sein im Depositorio befindliches Vermögen beträgt gegen 100 Mk. Es ist deshalb Termin auf

den 13. October 1876,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kreisgerichtsrath Leo, Zimmer Nr. 28b. anberaumt, zu welchem der verschollene Eduard Theodor Fliegner, resp. dessen Erben und Erbnehmer unter der Verwarnung hiermit vorgeladen werden, daß der Verschollene bei seinem Nichterscheinen für todt erklärt und das Gesetzliche festgesetzt werden wird.

Krotoschin, den 29. Nov. 1875.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Zur Bearbeitung der auf die Führung des Handelsregisters sich beziehenden Geschäfte des unterzeichneten Gerichts sind für das nächste Geschäftsjahr

1. als Richter-Kommissarius: der Kreisgerichtsrath **Kunkel,**
2. als mitwirkender Sekretär: der Kreisgerichts-Sekretär **Otto**

ernannt worden.

Zu den vorgeschriebenen Veröffentlichungen sind für das gedachte Jahr bestimmt worden:

1. die Berliner Börsen-Zeitung,
2. der Deutsche Reichs- und Preußische Staats-Anzeiger in Berlin,
3. **die Posener Zeitung in Posen.**

Fraustadt, den 23. November 1875.

Königliche Kreisgerichts-Deputation.

Vor Kurzem ist aus der Warthe beim Schilling ein Kieferstamm ca. 30' lang herausgezogen worden und kann derselbe gegen Erstattung der Arbeits- und Insertionskosten von dem Herrn Restaurateur Nakowski abgeholt werden.

Posen, den 30. November 1875.

Königl. Distrikts-Amt.

Bekanntmachung.

Das zur Kaufmann **Stanislaus Kamieński**'schen Konkursmasse gehörige Waarenlager, bestehend aus Sammet, Seiden- und Wollenstoffen, Eau de Cologne nebst Laden-Einrichtung soll im Ganzen gegen baare Zahlung meistbietend verkauft werden.

Hierzu ist Termin auf

den 8. Dezember cr.,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Verwalter an hiesiger Gerichtsstelle, Bureau XI. anberaumt, wozu die Käufer eingeladen werden.

Waarenlager und Inventur können werktäglich im Kamieński'schen Geschäftslokale hierselbst, Wilhelmsplatz Nr. 3, eine Treppe, Vormittags von 11 bis 12 Uhr eingesehen werden.

Posen, den 1. Dezember 1875.

Cleinow.
Massen-Verwalter.

In einer bedeutenden industriellen **Mittelstadt des Reg.-Bezirks Breslau** (über 10,000 Einwohner) ist ein sich in schwunghaftestem Betriebe befindendes feines

Colonialwaaren- u. Wein-Geschäft

(Umsatz ca. 120,000 Mark) mit oder ohne Haus zu **verkaufen.** Adressen abzugeben sub **J. C. 8830** an **Rudolf Mosse, Berlin** S. W.

Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen.

Die Aktionäre der Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Posen werden hierdurch mit Bezug auf unsere Vorladung vom 27. April d. J. zu einer

außerordentlichen Generalversammlung
auf Montag, den 20. Dezember d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

im Banklokale hierselbst, Friedrichsstraße Nr. 8, mit Hinweis auf die §§ 35 und 36 des Statuts vom 3. Februar 1867 eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über das vom Aufsichtsrathe unterm 6. November d. J. vollzogene neue, den Bestimmungen des Bankgesetzes vom 14. März d. J. entsprechend abgeänderte Statut.
2. Ermächtigung des Aufsichtsraths zur Einholung der Bestätigung des Statuts und zur Verhandlung mit der Staatsregierung, dem Bundesrathe und dem Reichskanzleramt behufs endgiltiger Vereinbarung aller nöthig werdenden Statuten-Abänderungen und zur Abgabe rechtsverbindlicher Erklärungen aller Art, ohne nochmalige Berufung einer General-Versammlung der Aktionäre.

Die Einlaß und Stimmkarten können von den nach § 36 des Status berechtigten Aktionären am 17. und 18. Dezember d. J. in den Vormittagsstunden von 10 bis 1 Uhr im Banklokale in Empfang genommen werden.

Posen, den 26. November 1875.

Die Direction.

Prowincyonalny Bank akcyjny W. Księstwa Poznańskiego.

Powołując się na nasze wezwanie z dnia 27. Kwietnia b. r. wzywamy niniejszem akcyonaryuszów Prowincyonalnego Banku akcyjnego Wielkiego Księstwa Poznańskiego, stósownie do §§ 35. i 36. statutu z 3. lutego 1867, na

Nadzwyczajne Walne Zebranie
w poniedziałek dnia 20. grudnia b. r.
z rana o 11. godzinie

w lokalu banku przy ulicy Fryderykowskiéj Nr. 8 odbyć się mające.

Porządek dzienny.

1. Postanowienie co do nowego, przez Radę nadzorczą pod dniem 6. listopada b. r. podpisanego, a stósownie do rozporządzeń nowego prawa o bankach z dnia 14. marca b. r. odmienionego statutu.
2. Upoważnienie Rady nadzorczéj do postarania się o potwierdzenie statutu i do korespondowania z rządem państwa, radą związkową i urzędem kanclerskim państwa celem ostatecznego ustanowienia wszystkich potrzebnych zmian statutu tudzież do prawomocnego dawania objaśnień wszelkiego rodzaju bez powtórnego zwołania Walnego Zebrania akcyonaryuszów.

Bilety na wstęp i głosowanie akcyonaryusze uprawnieni podług § 36 statutu odebrać mogą od 17. do 18. grudnia b. r. w godzinach przedpołudniowych od 10 do 1. w lokalu bankowym.

Poznań, 26. listopada 1875.

Dyrekcya.

Ein Haus

in der **Provinz Posen,** Garnisonstadt mit Gymnasium und höherer Töchterschule, an der Bahn gelegen, mit ca. 9 Morgen Garten und Wiese und dazu gehörigen Stallungen soll sofort verkauft oder vermiethet werden. Nähere Auskunft postlagernd F. G. Krotoschin.

Das in der **Wilhelmsstraße Nr. 26** belegene Grundstück der Ostdeutschen Bank beabsichtigen wir zu verkaufen.

Zu diesem Zwecke haben wir einen Termin auf **Mittwoch den 15. Dezember cr.** Vormittags 12 Uhr in unserem Geschäftslokale angesetzt.

Die näheren Bedingungen des Verkaufs sind von heute ab in dem Lokal der Ostdeutschen Bank in Liquid. zu Jedermanns Einsicht ausgelegt.

Posen, den 4. Dezember 1875.

Ostdeutsche Bank in Liquid.

Schleunige Verpachtung.

In der Nähe von Marienwerder in Westpreußen soll ein Gut von ca. 2000 Morgen wegen Todesfall des Besitzers verpachtet werden. Darauf Reflectirende werden ersucht, sich in direkte Verbindung mit der Verpächterin zu setzen. Offerten sub J. Z. 8802 befördert **Rudolf Mosse, Berlin** S. W.

Spezialarzt Dr. med. Meyer,
Berlin, Leipzigerstr. 91,
heilt auch brieflich Syphilis-, Geschlechts-, Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen mit stets gründlichem und schnellem Erfolge.

Der bewährten Tüchtigkeit und dem unermüdlichen Fleiße unseres Kreis-Physikus, Hrn. Dr. Paradies, habe ich es mit meinen Kindern nächst Gott zu danken, daß meine geliebte Frau, die im Juli c. gefährlich erkrankte, am Leben erhalten wurde.

Gleichzeitig zeige meinen Verwandten und Freunden hiermit an, daß meine geliebte Frau heute nach einer schweren, jedoch glücklichen Entbindung mich mit einem gesunden Knaben erfreut hat.

Wreschen, 2. Dezember 1875.

Aron Schwalbe.

Gründlicher Violin-Unterricht wird ertheilt Schulstr. 12, 3 Tr. rechts.

A. Unruh's jun.
Haupt-Comtoir,
Schießstr. 2

Agentur-, Kommissions-, Speditions- und **Incasso-Geschäft, General-Heiraths-Institut, Haupt-Annoncen-Bureau,** sowie **sämmtliche Vermittelungen** jeder Art, z. B. **Häuser, Bauplätze, Etablissements, Läden, Wohnungen** 2c. 2c. empfehlen wir seinen engagirten **Monteur** zur **Aufstellung, Wenden, Reparaturen** jeder Art an **Billards** zu den **billigsten Preisen.** (W. 251)

Mehrere Billardbesitzer.

Das **Dom. Bargen** bei Fraustadt verkauft große Quantitäten

Pflastersteine,

mit Anfuhr zur Bahn.

16 kernfette vierjährige **Mastochsen** stehen zum Verkauf auf dem Dominium Dembno, eine kleine halbe Meile vom Bahnhof Zerkow der Oels-Gnesener Bahn entfernt

Holzverkauf.

Mittwoch den 8. Decbr., von **Vormittags 10 Uhr ab,** sollen aus dem Neugedanker Forst 500 Stück starke kieferne Stämme gegen gleich baare Zahlung im Gasthofe des Herrn **Fuchs** in Kiszewo a. d. Warthe versteigert werden.

Die Forstverwaltung.



30 Rinder,

kernfett (Trockenmast), stehen zum Verkauf.

Dom. Friedrichshof
bei Lopienno.
L. Wirth.

Weihnachts-Avis.

Das Special-Magazin fertiger Damengarderobe empfiehlt die für das **Weihnachts-Geschäft** zum **Ausverkauf** gestellten Waaren in reichhaltiger Auswahl zu bedeutend herabgesetzten aber festen Preisen, als wie:

fertige Roben,
Morgenröcke,
Jupons,
Tuniques,
Radmäntel,
Tücher,
Sammet-Westen,
Jaquets,
Paletots

in den neuesten Façons.

J. Freund,
Posen, Wilhelmsplatz 15.

Die neuesten angefangenen und fertigen **Stickereien,** sowie sehr schöne Gegenstände mit Stickereien und zu Stickereien eingerichtet, empfiehlt zu billigen Preisen

C. Brühl, Wilhelmsplatz 5.

Großer Weihnachts-Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen empfiehlt die Mode- und Manufakturwaaren-Handlung von

Falk Karpen,
Markt 87.

!!! Für Brauer !!!
Bairisch Bier-Bouquet-Essenz
versendet à Kilo 15 Mark
das Exportgeschäft von
Hugo Petzsch,
(D. 9570) **Dresden.**

Mineralien- u. Petrefacten-Sammlungen

zu Weihnachtsgeschenken geeignet, empfiehlt im Preise von 9—30 Mark. (60—100 Stück)

E. Vogel,
Breslau, Schuhbrücke 38.

Alte Oelgemälde und Kupferstiche,

einzelne Stücke oder ganze Sammlungen werden zu hohen Preisen

zu kaufen gesucht.

Gefällige frankirte Offerten erbittet sich

Carl Triepel in Grünberg i. Schl.

Für Medizinalbeamte, Aerzte, Apotheker, Fabrikanten und Drogisten.

In unserem Verlage ist soeben erschienen und zu beziehen in Posen durch die ***J. J. Heine***'sche ***Buchhandlung,*** **Markt 85:**

Die Prüfung der Arzneimittel
mit Rücksicht auf
die wichtigsten europäischen Pharmakopöen,
nebst Anleitung zur Revision
der öffentlichen und der Haus-Apotheken, Dispensir- und Mineralwasser-Anstalten, Drogen- und Materialwaaren-Handlungen.

Zum Gebrauch für
Medizinalbeamte, Aerzte, Apotheker und Drogisten.
Von
B. Hirsch,
Apotheker,
früher zu Grünberg in Schles., jetzt in Giessen.

Zweite vollständig neu bearbeitete Aufl.

108 Bogen. gr. 8. Geheftet Preis 27 Mark, in **2 Kattun-Bdn.** 30 Mark, in **1 Halbfranz-Band** Preis 30,50 Mark.

Berlin, im November 1875.
Königliche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei
(R. v. Decker)

Eilfte Kölner Dombau-Lotterie.

Ziehung den 13. Januar 1876.

Gesammt-Gewinne: 375,000 Mark,
Hauptgewinn 75,000 Mark,

ferner: Mk. 30 000, 15,000, 2 à 6000, 5 à 3000, 12 à 1500, 50 à 600, 100 à 300, 200 à 150, 1000 à 60 und eine Anzahl Kunstwerke im Gesammtwerthe von Mk. 60,000.

Loose zu 3 Mark 50 Pfg. pr. Stück sind in der Exp. der Posener Zeitung zu haben.

Schlitten-Decken,
Reise-Decken,
Pferde-Decken,
Schlaf-Decken,
Fuss-Decken,
Wagen-Decken,
Tisch-Decken,
Cocusmatten etc.
empfiehlt zu billigsten Preisen
S. Kantorowicz,
68. Markt 68.

Geschw. Kaskel,
Neuestraße 70.

Wir machen ein geehrtes Publikum darauf aufmerksam, daß wir bei unserm Hut-Magazin auch ein Atelier für Damen-Kleider errichtet haben und diese zu sehr billigen Preisen elegant anfertigen.

Auswärtige Aufträge werden pünktlich effektuirt.

Gummi-Galoschen
jeder Art werden schnell, billig und dauerhaft reparirt, wozu ich mich bestens empfehle, ergebenst
Carl Hoffmann,
Jesuitenstraße 7, 2. Etage.

Geldschränke jeder Größe, billigste Preise, H. Goldberg, Comtoir u. Lager, Berlin, Neue Friedrichstr. 71. Zeichnung gratis.

Waisenstr. 4, im billigen Laden,
gänzlicher Ausverkauf
von verschiedenen
Kunst-Glasgegenständen
Obst zu Weihnachts-Bäumen und Spielsachen zu auffallend billigen Preisen. Wiederverkäufer großen **Rabatt.**

Aufträge von **Photographien**, die zu Weihnachtsgeschenken dienen sollen, erbitte von meinen geehrten Kunden möglichst bald. **J. Engelmann.**

Für Crefeld, Düsseldorf und Umgegend sucht ein mit Branche und Kundschaft vertrauter Agent die Vertretung einer leistungsfähigen Spritfabrik. Beste Referenzen. — Offerten sub J. 20 bef. die Exp. d. Ztg.

Ein altes renommirtes Commissions-Haus in **Bergen** in Norwegen, dessen Hauptexport in **Leberthran, Heringen** und **getrockneten Fischen** besteht, sucht einen thätigen, leistungsfähigen und respektablen **Agenten** in Posen. Offerten mit Referenzen sub **H. 05298** an die **Annoncen-Expedition** von **Haasenstein & Vogler** in **Hamburg.**

Anatherin-Mundwasser

von Dr. **J. G. Popp,** k. k. Hof-Zahnarzt in Wien, verhütet das **Stocken der Zähne,** beseitigt den **Zahnschmerz,** verhindert die **Weinsteinbildung** und entfernt sofort jeden **üblen Geruch** aus dem Munde. Als bestes Mund- u. Zahnreinigungsmittel ist es daher besonders auch allen denen zu empfehlen, welche künstliche Zähne tragen oder an Krankheiten des Zahnfleisches leiden. Locker gewordene Zähne werden dadurch wieder befestigt.

In Flaschen zu 12½ Sgr., 20 Sgr. und 1 Thlr. — **Anatherin-Zahn-Pasta** zu 10 bis 20 Sgr. — **Vegetabil. Zahnpulver** zu 10 Sgr. — **Plombe zum Selbstausfüllen** hohler Zähne 1 Thlr. 15 Sgr.

Depots in den meisten Apotheken, in Posen bei Herrn **S. Alexander** (H. Kirsten), St. Martin 11.

Monogramme





auf Briefbogen und Couverts in den geschmackvollsten Dessins hält als
passende Festgeschenke
bestens empfohlen
die Hofbuchdruckerei W. Decker & Comp.

Gelbe, weiße und bunte
Wachsstöcke,
weiße und bunte Baumlichte,
sowie mit den feinsten Extracts gefüllte
Cartonnagen und Atrappen
en gros und en detail bei
Adolph Asch, Markt 82.

Wer eine **Stelle sucht,** eine solche zu **vergeben** hat, ein **Grundstück** zu verkaufen wünscht, ein solches zu **kaufen** beabsichtigt, eine **Wirthschaft, Oekonomiegut** rc. zu **pachten** sucht, eine **Geschäftsempfehlung** zu erlassen gedenkt, überhaupt **Rath** zu Insertionszwecken bedarf, der wende sich **vertrauensvoll** an die Annoncen-Expedition von
G. L. Daube & Co.
in **Hamburg,**
Graskeller 16.

Unser **Möbel-Magazin** haben wir zum bevorstehenden Feste mit den mannigfaltigsten, zu **Geschenken geeigneten Artikeln** versehen.
M. Czarliński & Co., Hôtel de Vienne.

Haar-Restorer
von Apotheker **Brabender** in **Cleve.**

Eine neue, unschädliche Erfindung ergrautem Haare nach kurzem Gebrauche die ursprüngliche Farbe und Schönheit wiederzugeben. Preis per Flasche drei Mark. In **Posen** bei Friseur **C. F. Peter.**

Frostbalsam, bestes Mittel Frostbeulen schnell zu beseitigen und dem Aufspringen der Haut vorzubeugen, a Fl. 5 Sgr. in **Dr. Mankiewicz's Apotheke**

Scheller's condensirte
Suppen!
in Posen bei **A. Cichowicz.** Wiederverkäufer erhalten angemess. Rabatt.

Feinsten geräucherten Lachshering
sowie guten schönen **Stockfisch,** den Ctr. von **6 Thlr.** ab, offerirt nur **en gros**
M. Goldschmidt,
Heringshandlung, Schuhmacherstr. 1.

Frische Hechte
empfingen heute
W. F. Meyer & Co.
Wilhelmsplatz 2.

Buchhandlung von J. J. Heine,
Markt 85.

Großes Lager zu Weihnachtsgeschenken sich vorzüglich eignender Jugendschriften für jede Altersstufe, Classiker in Gesammt- und Einzelausgaben, Prachtwerke elegant gebunden, Atlanten rc.

Ansichtssendungen werden nach Verlangen prompt ausgeführt.

Eine Parterre-Wohnung ist sofort für 60 Thlr. Gartenstr. 16 zu verm.

Bei E. S. Mittler et Sohn, königl. Hofbuchhandlung in Berlin erschien so eben und ist in Posen zu haben bei **Ernst Rehfeld,** Wilhelmsplatz 1:
Rang- u. Quartier-Liste
der Königl. Preuß. Armee für das Jahr 1875,
nebst den Anciennetäts-Listen der Generalität und der Stabs-Offiziere der Armee. Preis 7 Mark.

Kölner Dombau-Loose
a **3 Mark netto,** 5 Pf. Bestellgeld beizufügen, sendet
A. J. Pottgiesser,
Köln, Gr. Witschgasse 21.

---

25 Stück höchst interess. **Photographien** versende gegen Einsendung von 10 Sgr. in Briefmarken sub P. E. 40 **Elberfeld** postlagernd.

Trowitzsch's Volkskalender
1876 49. Jahrgang
bietet in eleganter Ausstattung treffliche Originalbeiträge u. spannende Erzählungen von B. Möllhausen, A. von Winterfeld, J. Hallervorden, sowie fein ausgeführte Stahlstiche und Holzschnitte unserer besten Genremaler. Der geringe Preis von nur 1 M. ermöglicht die Anschaffung in jeder Familie.

In allen Buchhandlungen zu haben.

Ein möblirtes Parterre-Zimmer sofort zu vermiethen Sandstraße Nr. 10.

Ein Parterrezimmer in frequentester Gegend der Stadt wird sofort zu miethen gesucht. Adressen unter R. G. erbeten in der Exped. d. Ztg.

Ein möbl. Zimmer nach vorn heraus, in der Nähe des Alten Marktes, wird von einem ruhigen Miether sofort zu miethen gesucht. Gefl. Offerten unter Chiff. L. Z. dieses Blattes.

Ein möblirtes Zimmer Ritterstr. 3 ist sofort zu vermiethen. Näheres zu erfragen Wallischei 96.

Bergstraße 4
ist die erste Etage, bestehend aus 5 Z., Küche und Zubehör vom 1. Jan. 1876 zu vermiethen.

Mühlenstr. 28, 3 Tr. ist 1 möbl. Zim. für 1 od. 2 Herren sofort zu verm.

Eiskeller
zu vermiethen St. Adalbert 46 47.

Einen bedeckten oder unbedeckten Raum
zur Aufstellung einer **Locomobile** und **Dreschmaschine** über den Winter sucht die Maschinenhandlung von
C. J. Cleinow.

Ein **Unterbrenner,** oder ein junger Mann, der das Brennereifach erlernen will, kann sich **sofort** melden.
Dom. **Bablin** p. Obornik.
K. Kruschinski, Brennereiverwalter.

Ich wünsche eine geprüfte, musikalische und evangelische
Erzieherin
für meine Kinder (2 Mädchen von 11 und 12 Jahren und ein Knabe von 6 Jahren) zu engagiren, vom 2. Januar 1876.
Kirschstein,
Rittergutsbesitzer.
Skrzypno p. Pleschen, im November 1875.

Eine **junge Dame** zur Erziehung von 2 Kindern, die auch im Stande ist den nöthigen Unterricht zu ertheilen, wird nach außerhalb gewünscht. Näh. bei **Gebr. Korach,** Markt 40.

Ein Servir-Kellner, der auch Buffet-Kellner werden kann, mit guten Zeugnissen, wünscht Stelle zum 15. d. M. Zu erfragen Schloßstr. 2, 1 Treppe, bei Frau **Heinze.**

Gr. Gerberstr. 18, Eingang Büttelstraße, 1. Etage n. vorn, ist ein fein möbl. Zimmer v. 1. Januar zu verm.

Ein junger Kaufmann, der etwas poln. spricht, mit der Material-Branche und Destillation vertraut und jetzt in einem Cigarren-Geschäft thätig ist, wünscht pr. 1. Januar k. J. Stellung. Auskunft ertheilt Kreis-Gerichts-Sekretär **Eckert** in Posen, Sapieha-Platz Nr. 1, 3 Tr.

Eine anspruchsl. musik. **Erzieherin,** in gesetzten Jahren, die auch bereit wäre, d. Hausfrau behilfl. zu sein, sucht zum 1. Januar Stellung. Gefäll. Off sub **A. H. 457** an die Annoc.-Exp. v. **Rudolf Mosse** in **Posen** erbeten.

Dienstmädchen, Köchinnen, Kutscher, Diener rc., und auch ein gewandter Commis mit guten Attesten, aus anständiger Familie, suchen eine Stellung; zu erfragen bei **Lewandowski,** Büttelstr. 7, 3 Tr.

Verloren
ein gelber **hellbrauner englischer Hühnerhund,**
abzuliefern bei der Polizeiverwaltung in Pleschen.

Der am **4. December** bei **Kunkel** angesetzte **Kneip-Abend** hat **aufgehoben** werden müssen. Der neue Termin wird seiner Zeit bekannt gemacht werden.
Das Comité.

▭ M. 8. XII. 7 A. J. II. ▭.

Handwerker-Verein.

Montag, den 6. Dezember, Abends 8 Uhr im **Lambert**'schen **Saale** Vortrag des Prof. **Fahle:**
Entwickelung u. Begründung einer liberalen Weltanschauung.

Damen sind willkommen, Nichtmitglieder ebenfalls gegen das übliche Eintrittsgeld, welches nur erhoben wird, weil der beschränkte Raum keinen unbehinderten Zutritt gestattet. Die gebildeten Kreise unserer Stadt werden freundlichst gebeten, von den Bestrebungen des Vereins persönliche Kenntniß zu nehmen.

Vorlesung zum Besten des Diakonissenhauses,
Dienstag, d. 7. Dezember Abends 6 Uhr
in der Aula des Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums,
Herr Divisionspfarrer **Meinke:**
„Wahrsagung und Prophetin."

Eintrittskarten zu den Vorlesungen à 1 Mark sind in den Buchhandlungen der Herren **Rehfeld** am Wilhelmsplatz und **J. J. Heine** am Markt, sowie Abends vor Beginn der Vorlesung am Eingang der Aula zu haben.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag den 5. Dez., Vormittags 10 Uhr: Herr Pastor Zehn. — Nachmittags 2 Uhr: Herr Pastor Zehn.

Petrikirche. Sonntag den 5. Dez., früh 10 Uhr, Predigt: Herr Konsist.-Rath Dr. Goebel. — Abends 6 Uhr: Herr Diakonus Witting.

St. Paulikirche. Sonntag den 5. Dezbr., Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Konsistorial-Rath Reichard. — 10 Uhr Predigt: Herr Pastor Schlecht. — Abends 6 Uhr: Herr Konsistorial-Rath Reichard. (Missionsstunde).

Freitag den 10. December, Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Konsist.-Rath Reichard.

Garnisonkirche. Sonntag den 5. Dezember, Vormitt. 10 Uhr: Herr Divisions-Pfarrer Meinke. (Abendmahl). — Nachmitt. 5 Uhr: Hr. Konsist.-Rath Mil.-Oberpfarrer Haendler.

Ev.-luth. Gemeinde. Sonntag den 5. Dezember, Vormitt. 9½ Uhr: Herr Pastor Kleinwächter. — Nachmittags 3 Uhr: Derselbe.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 26 November bis 2. Dezember:
getauft: 9 männl., 5 weibl. Pers
gestorb: 6 männl., 2 weibl. Pers.
getraut: 5 Paar.

Familien-Nachrichten.

Die am 30. November d. J. stattgefundene eheliche Verbindung zeigen hierdurch ergebenst an
Carl Viola,
Königlicher Distrikts-Kommissarius,
Wanda Viola,
geb. **Lachmann.**
Kobylin.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau Sophie von einem gesunden Söhnchen beehrt sich hiermit allen Verwandten und Freunden anzuzeigen
G. v. Treskow,
Kuyszyn.

Heute früh 8 Uhr starb nach kurzem Krankenlager unsere Mutter, Schwiegermutter, Großmutter u. Schwester, Frau
Lea Raphael,
im 78. Lebensjahre
Dies zeigen tiefbetrübt Freunden und Bekannten an
Die Hinterbliebenen.
Neustadt b. P., 3. Dezember 1875.

Am 30. v. M. Abends 7¼ Uhr verschied nach schwerem Leiden zu **Schenkenberg** unsere innig geliebte Schwester und Schwägerin
Antonie Wein,
was tiefbetrübt Freunden und Bekannten anzeigen
Lissa u. Posen, 2. Dezmbr. 1875
die Hinterbliebenen.

Am 1. d. Mts. Vormittags ½11 Uhr starb beim Reiten in der Reitbahn in Folge Gehirnschlages der Königliche General-Major und Commandeur der 20. Infanterie-Brigade **von Steinfeld** im Alter von 47 Jahren. Die Armee verliert in dem Verstorbenen, welcher durch seine militairischen Leistungen wie durch sein ritterliches Wesen sich auszeichnete, einen liebenswürdigen Kameraden und einen wohlwollenden Vorgesetzten, und wird sein Andenken stets in Ehren halten.

Posen, 2. Dec. 1875.

Im Namen der Offiziere des V. Armee-Corps:
v. Kirchbach,
General der Infanterie und kommandirender General.

Nachruf.

Die hiesige jüdische Gemeinde hat durch den am 23. v. M. erfolgten Tod des Hoteliers
Hermann Eichelbaum
in seinem 59. Lebensjahre einen schmerzlichen Verlust erlitten. Die Gemeinde verliert in dem Hingeschiedenen einen ihrer bravsten Männer und der unterzeichnete Vorstand eines seiner thätigsten, verdienstvollsten Mitglieder. Seit Jahren gehörte er sowohl dem Gemeinde-Vorstande, als auch dem Vorstande des Armenvereins an, und stets widmete er den Interessen unserer Gemeinde besonders aber dem Armenwesen seine Kraft mit vollster Hingebung. Durch seine Gutmüthigkeit, herzliche Milde, liebenswürdige Persönlichkeit u Friedfertigkeit hat er sich die Liebe und Achtung aller, mit denen er nur in Berührung kam, erworben. Sein großes Leichenbegängniß, an dem sich alle Stände, Confessionen und Nationalitäten betheiligten, gab davon den besten Beweis und sichert ihm weit über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken.

Friede seiner Asche!

Samter, den 2. Dez. 1875.

Der Vorstand
der jüd. Synagogen-Gemeinde.
Nathan Wall. Samuel Goldbarth. Abraham Raphael. M. Kollmsch.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Anna Segelbach mit Herrn Ernst Kinner in Berlin, Frl. Elma Hermine Nolte mit Postsekretär a. D. Jul. Heinrich Hermann Köller in Königsberg—Rothenstein, Frl. Else Gené mit Kaufmann Hermann Kröber in Mühlenbeck i. Pr.—Königsberg i. Pr., Frl. Julie Krönlein mit Lieutenant und Gutsbes. Otto Schubert in M.-Gladbach.

Verehelicht: Herr Adolf von Besser mit Frl. Emma von Puttkamer in Stolp, Assistenzarzt Fr. Meinhold mit Frl. Luise Voswinckel in Arnsberg, Herr Julius Arendt mit Frl. Clara Jahn in Dessau, Herr Otto Engel mit Frl. Elise Hering in Dalldorf, Hauptmann Arthur v. Heineccius mit Frl. Margarethe Heinze in Bosdorf bei Spremberg

Geboren: Ein Sohn: den Herren Hermann Reisner in Berlin, Pastor R. Müllensiefen in Schönfeld bei Nechlin, Regierungs-Assessor Jacobs in Elberfeld. Eine Tochter: den Herren Lieut. Dettlev Graf Einsiedel in Berlin, Prem.-Lieut. Baron v. Stenglin in Schwerin, Carl Pagels in Berlin, W. Jarick in Berlin, Jacques Lewin in Berlin, Rittergutspächter Bierhold in Goschütz, Pr.-Lieut. Birik in Kassel, Oberlehrer Seyler in Breslau, Polizei-Anwalt Hermann Reichel in Trachenberg

Gestorben: Rentier August Ferdinand Freytag in Berlin, Herr A. E. Dufresne in Berlin, Herr Konstantin Eisenstein in Charlottenburg, Fräulein Marie Schulz in Neu-Strelitz, Frau Dr. Louise Kornmesser, geb. Moser in Seelow, Pastor Em. Beckenstedt in Mühlhausen, Frl. Elise Meißbach in Osterode, Prediger August de Convenent in Berneuchen, Professor Maximilian Anton Piotrowski in Königsberg, Verwittwete Frau Major Elisabeth Hoffmann, geb. John in Spandau, Banquier Carl Igler in Glatz.

Interims-Theater in Posen.
Repertoir.
Sonnabend keine Vorstellung.

Sonntag den 5. December:
Zum ersten Male (neu einstudirt):
Die beiden Schützen.
Oper in 3 Akten von A. Lortzing.

Montag den 6. December:
Große Extra-Vorstellung mit kleinen Preisen.
Der Müller und sein Kind.
Volks-Drama in 5 Akten v. Raupach.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.
Sonnabend: **Die Eifersüchtigen,** oder: **Das heimliche Zimmer,** Lustspiel. — **Auf der Poststation,** Posse mit Gesang.
Die Direction.

Lambert's Concert-Saal.
Sonntag den 5. December:
Großes Concert.
Anfang 6 Uhr. Entrée 25 Pfg.
Stolzmann.

B. Heilbronn's Restaurant.
Heute und folgende Abende:
Gesangsvorträge der Sängergesellschaft de la Garde.

Alle Sonnabend Abends **Eisbeine** bei **E. Herbig,** Berlinerstr. 27.

Heute Abend **Eisbeine**
bei **Carl Blaschke,**
St. Martin Nr. 69.

Hitze's Lokal.
Sonnabend Wurstabendbrot und Tanz bei
J. Methner,
Jerzyce

Lambert's Restaurant.
Heute **Sonnabend** von **9 Uhr** ab **Wellfleisch,** zum Abendbrot **frische Wurst und Sauerkohl,** wozu ergebenst einladet
Oswald Pohl.

National-Halle,
Friedrichsstraße 19.
Heute Abend **Eisbeine** bei
B. Andersch.

Frische **Kesselwurst** mit Schmorkohl bei **A. Grosser,** Halbdorfstr. 17a.

Bekanntmachung
an das hochgeehrte Publikum von Posen, daß sich die sicherste und schönste Eisbahn **Gerber-Damm,** links der Dominikaner-Wiese befindet.

Sonntag, den 5. Dezember, **große amerikanische Eisbahn** nebst **großem Eis-Konzert** am Eichwald-Thor links.
Ergebenst **Kozloski.**

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.